

Hier
ist

DIE LINKE.

Menschen vor Profite:
Programm der Fraktion DIE LINKE im
niedersächsischen Landtag 2008–2013

Landeswahlprogramm
der Partei DIE LINKE. Niedersachsen
Beschlossen von der LandesvertreterInnenversammlung
am 3.11.2007 in Hannover

Verantwortlich für die Zusammenstellung, Programmkommission:
Hans Henning Adler, Dr. Michael Braedt, Anke Schneider,
Giesela Brandes-Steggewentz

Inhalt

Warum DIE LINKE wählen?	4
Was ändert sich, wenn ich DIE LINKE wähle?	6
Soziale Sicherheit ist Menschenrecht	7
Wirtschaft: Sinnvolle Arbeit für alle organisieren	12
Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – keine Privatisierungen	16
Frauen – mehr als die Hälfte der Niedersachsen	18
Familienpolitik eingebunden in sozialer Verantwortung	22
Alle fördern, keinen zurücklassen – gebührenfreie Bildung für alle	24
Steuer- und Finanzpolitik: Geld ist genug da	32
Alternative Energiepolitik	34
In der Verkehrspolitik die ökologische mit der sozialen Frage verknüpfen	37
Im Einklang mit der Natur	41
Ländlicher Raum – neue Entwicklungen für die Landwirtschaft	45
Innenpolitik: Mehr Demokratie statt Überwachungsstaat	48
Asylrecht ist Menschenrecht. Einhaltung der Menschenwürde bei Migration und Einwanderung	55
Antifaschismus	57
Kultur für alle	60
Sportförderung ist wichtig	62

Warum DIE LINKE wählen?

DIE LINKE wird Niedersachsen verändern! Sie wird die Stimme des sozialen Gewissens und der Gerechtigkeit sein, die im Niedersächsischen Landtag bislang fehlt. DIE LINKE tritt an für eine andere Politik, für die Einheit aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit, sie steht für Demokratie und Frieden.

DIE LINKE will Gerechtigkeit für alle Menschen, auch für die, die durch Armut, Ausgrenzung, Krankheit oder sonstige Einschränkungen benachteiligt sind. Wie ein lila Faden durchzieht auch der Gedanke der Geschlechterdemokratie unsere Politik und unser Programm. Frauen sollten – so wie auf unserer paritätisch mit Frauen und Männern besetzten Wahlliste für den Niedersächsischen Landtag – überall mindestens zur Hälfte vertreten sein, nicht zuletzt auch in der Landesregierung.

DIE LINKE ist eine junge Partei. Sie wurde am 16. Juni 2007 neu gegründet als Zusammenschluss aus der »Linkspartei.PDS« und der »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« (WASG). DIE LINKE hat seitdem viele tausend neue Mitglieder gewonnen. Sie hat aus der Opposition heraus viel in Bewegung gebracht. Mit den Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ist die Bundestagsfraktion der LINKEN in Deutschland und Europa als Stimme für Frieden und soziale Gerechtigkeit unüberhörbar geworden.

Auch im Niedersächsischen Landtag wird DIE LINKE diese Stimme erheben. Sie wird der aus CDU und FDP gebildeten Landesregierung keine Ruhe gönnen. Denn die Regierung von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) und ihr FDP-Anhängsel interessieren sich für die soziale Frage überhaupt nicht, ja vielfach verschärfen sie die sozialen Probleme sogar. Union und FDP machen eine Wirtschaftspolitik, die dem Großkapital nach dem Munde redet, die die Erwerbslosen ignoriert und schikaniert und die die sozial Benachteiligten an den Rand drängt. Im Bundesrat tragen CDU und FDP eine Politik aktiv mit, die die Reichen mit immer neuen Steuergeschenken reicher, die Armen ärmer macht und die Normalverdiener immer höher belastet. Arbeitslosigkeit wird nicht bekämpft, sondern billigend in Kauf genommen.

Die SPD hat spätestens seit der Ausrichtung auf ihre »Agenda 2010« und dem damit einhergehenden Einschwenken auf neoliberale Wirtschaftspolitik und Sozialabbau ihre Legitimation verloren, für die sozial Benachteiligten zu sprechen. Die Grünen sind zur Partei der Besserverdienenden mutiert und haben sich durch ihre tatkräftige Mitwirkung an den Hartz-Gesetzen und dem Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien sozial wie friedenspolitisch unglaubwürdig gemacht.

In Wirklichkeit sind die grundlegenden Richtungsentscheidungen der letzten Jahre von einer ganz großen Koalition der Parteien getroffen worden, die zurzeit noch allein im Landtag sitzen.

Das gilt für alle Bundesgesetze, die von SPD und CDU gemeinsam ausgebrütet werden. Das gilt für alle Landesgesetze, die von CDU und FDP gemeinsam gemacht werden. Das gilt für Hartz IV, für das alle GRÜNEN im Bundestag ihre Hand gehoben haben – auch ihre niedersächsischen Abgeordneten. Das gilt für die Zertrümmerung der Vermögenssteuer und die Senkung der Einkommenssteuer für Reiche,

die von SPD und GRÜNEN auf den Weg gebracht und von CDU/CSU durchgewunken wurden – und die FDP war nur dagegen, weil ihnen die Steuergeschenke für ihre Klientel nicht weit genug gingen.

Die Oppositionspolitik von SPD und Grünen im Landtag ist deshalb halbherzig und zaghaft. Es wird also Zeit, im Landtag endlich die Fenster zu öffnen und frischen Wind hereinzulassen.

DIE LINKE will vor allem Gerechtigkeit für alle Menschen, gerade für diejenigen, die durch Armut oder durch Alter, Krankheit und sonstige körperliche oder psychische Einschränkungen benachteiligt sind. Der entfesselte Markt bringt keine Gerechtigkeit. Er ist kalt wie die Politik, die ihn zum Götzen macht. Mehr und mehr hat diese Politik die Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Lande vergrößert und auch die Demokratie gefährlich geschwächt: Werden Millionen Bürgerinnen und Bürger durch Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und prekäre Beschäftigung ausgegrenzt und von der Politik zu EmpfängerInnen von Almosen entwürdigt, werden souveräne Bürgerinnen und Bürger auf ihre Funktion als KonsumentInnen reduziert oder gar zu potenziellen Staatsfeinden oder Terroristen stilisiert, dann leiden demokratische Teilhabe und Mitwirkung. In einem solchen politischen Klima gewinnen Rechtsextremisten nicht zufällig mit sozialdemagogischen und rassistischen Parolen an Zulauf.

Dagegen steht DIE LINKE auf: Wir folgen der im Grundgesetz verankerten Verpflichtung zu Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit, wir treten ein für eine friedliche Politik des Ausgleichs der Interessen und der Verständigung und wir folgen dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes. Die Lehren aus Auschwitz und Bergen-Belsen stehen im Zentrum unserer Politik. Antifaschismus gehört als Staatsziel in die Niedersächsische Verfassung.

Herkunft wird heute offensichtlich wichtiger als Begabung und individuelle Fähigkeiten. Jeder weiß inzwischen, anders als noch vor 30 Jahren: Nicht die Begabung eines Kindes entscheidet heute über seinen späteren Abschluss, sondern der Geldbeutel seiner Eltern. Und wer außer dem schmalen Geldbeutel auch noch einen falschen Pass hat, ist völlig chancenlos.

Mit den Stimmen tausender Wählerinnen und Wähler sind im September 2006 mehr als 140 Abgeordnete der LINKEN und linker Bündnisse in niedersächsische Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte eingezogen. Sie wirken dort für die sozial Benachteiligten und rütteln an den zu engen Grenzen, die das Land der Entfaltung der Demokratie an ihrer Basis, in den Regionen, Landkreisen, Städten und Dörfern des Landes, gezogen hat. Wir werden im Landtag dafür wirken, dass die Kommunen finanziell und rechtlich endlich mehr Luft zum Atmen und Wirken bekommen.

Viele Menschen sehen sich durch die etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Für sie ist DIE LINKE zu einem Hoffnungsträger geworden.

Mit Ihrer Stimmabgabe für Die LINKE tun Sie sich selbst einen Gefallen. Sie gewinnen nicht nur eine bessere Landespolitik. Sie sind Teil einer Wende zum neuen sozialen Denken und zur Stärkung der Demokratie.

Was ändert sich, wenn ich DIE LINKE wähle?

Wir geben **10 Versprechungen** ab. Wir garantieren: Wenn DIE LINKE am 27. Januar 2008 in den Niedersächsischen Landtag einzieht, wird sie

1. sofort eine parlamentarische Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 8 Euro aufwärts ergreifen;
2. in Niedersachsen keine Privatisierungen ohne parlamentarische und außerparlamentarische Gegenwehr zulassen;
3. die Forderung nach gleicher, kostenloser Bildung für alle vom Kindergarten bis zur Uni mindestens einmal im Jahr auf die Tagesordnung von Plenumsdiskussionen setzen und das Projekt der Integrierten Gesamtschule für alle bis Klasse 10 in die Debatten einbringen;
4. den Landtag zum Ort machen , wo über sozial gerechte Einkommenspolitik diskutiert wird und deshalb auch Steuererhöhungen für die Vermögenden und für Großunternehmen thematisiert werden;
5. Initiativen für zusätzliche menschenwürdige Arbeitsplätze, qualifizierte Ausbildungsplätze und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ergreifen;
6. die Gleichstellung von Frauen in Politik, Arbeitswelt, Bildung, Sozialsystemen und Öffentlichkeit zum zentralen Thema machen;
7. ein Landeswohnungsbauprogramm auf die Tagesordnung setzen, damit die Mieten bezahlbar werden;
8. für Umwelt, Energie, Verkehr und Landwirtschaft einen Richtungswechsel fordern, damit die Ziele zum Schutz des Klimas tatsächlich erreicht werden können und damit Niedersachsen nicht zum Atomklo Deutschlands gemacht wird;
9. eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge und MigrantInnen einklagen;
10. jedem weiteren Abbau demokratischer Rechte entschiedenen Widerstand entgegensetzen!

Und: Ein Kandidat Wulff wird für das Amt des Ministerpräsidenten garantiert nicht die Stimmen der LINKEN bekommen. Nach dem gegenwärtigen Stimmungstief für die SPD, das durch ihre unterwürfige Politik gegenüber der CDU/CSU in Berlin, ihrer Verantwortung für die Hartz-Gesetze und die Verstrickung niedersächsischer Politiker in Korruption bei VW geprägt ist, steht aber auch fest: Ohne den Einzug der LINKEN in den Landtag wird ein Ministerpräsident Wulff eine sichere Mehrheit im Parlament erhalten.

Was wir auf der Basis unserer Beschlüsse mit unserem Wahlergebnis anfangen werden, wollen wir am 29. Januar 2008 in einem »Großen Ratschlag« mit unseren Wählerinnen und Wählern aus den Gewerkschaften und den sozialen und ökologischen Bewegungen diskutieren.

Unsere Politik im Niedersächsischen Landtag, aber auch außerhalb des Parlaments, richtet sich nach dem folgenden Wahlprogramm:

Soziale Sicherheit ist Menschenrecht

Wir streiten für eine Gesellschaft, die jedem Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht. Zu den Freiheitsgütern, die dies erst ermöglichen, gehören unverzichtbar die sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen. Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Karl Marx).

Sozialabbau, Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigung, stagnierende und sinkende Einkommen haben die bisherigen Sozialsysteme in eine Krise geführt. DIE LINKE setzt sich ein für eine Erneuerung des Sozialstaats und der öffentlichen Dienstleistungen. Eigenständige soziale Sicherheit soll der Entfaltung der Persönlichkeit Rückhalt geben, soll alle Mitglieder der Gesellschaft vor den großen sozialen Risiken absichern, den Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit oder Erwerbslosigkeit gewährleisten, Armut verhindern und die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt der Lebensweisen ermöglichen.

320 000 Menschen in Niedersachsen sind offiziell als erwerbslos gemeldet. Die Landesregierung hat nichts getan, um diesen Zustand zu ändern. Der gegenwärtige, hauptsächlich exportgestützte konjunkturelle Aufschwung hat nichts mit der Politik der Landesregierung zu tun. Er wird die Situation nicht grundlegend ändern. Fast eine Viertelmillion Menschen sind auf Hartz IV gesetzt – aber ihre Nöte kommen im Landtag nicht einmal zur Sprache.

Nach Erhebungen des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) lebt in Niedersachsen jedes sechste Kind unter 15 Jahren, das sind 205 000 junge Menschen, auf Sozialhilfeniveau – und die Regierung redet scheinheilig davon, dass die Kinder unsere Zukunft seien.

Das Land Niedersachsen ist seit dem Amtsantritt der Wulff-Regierung einer der Vorreiter des Sozialabbaus in der Bundesrepublik. Eine der ersten Taten dieser Regierung war die Streichung des Blindengeldes – erst auf massiven öffentlichen Druck haben CDU und FDP dies zu einem kleinen Teil korrigiert. Ob Suchtberatung oder Ehe- und Familienberatung, Hausaufgabenhilfen oder Schuldnerberatung – diese Regierung hat eine Schneise des Kahlschlags durch die Sozialstaatslandschaft in Niedersachsen gezogen. Überall hat die Landesregierung gekürzt. Durch Streichungen im sozialen Wohnungsbau von über 90 Millionen Euro sowie der Abschaffung der Wohnraum-Zweckentfremdungs-Verordnung sind Wohnungen insgesamt teurer geworden.

Hartz IV muss weg

Dieses wie auch das gesamte Problem der Massenarbeitslosigkeit kann letztlich nur durch einen Politikwechsel auf Bundesebene angegangen werden. Dafür setzt sich die LINKE in Niedersachsen ein. Trotzdem muss auch durch Maßnahmen auf Landesebene die Situation für Erwerbslose verbessert werden.

Dazu gehört eine würdige Behandlung auch von Langzeiterwerbslosen. Vertreter der Arbeitslosen gehören in die Beiräte der ARGen. Dazu gehört die Förderung einer von der Arbeitsagentur und den ALG-II-Behörden unabhängigen Beratung der Erwerbslosen. Weiterbildung und Eingliederung müssen ausgebaut werden.

1-Euro-Jobs sind keine Lösung. Sie gefährden reguläre Beschäftigungsverhältnisse oder tragen zu ihrem Abbau bei. Wir fordern zumindest Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante (d. h. mit Arbeitsvertrag) und Nutzung weiterer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Wenn man alle Mittel für Erwerbslose zusammenführt (ALG II, Aufwandsentschädigung und Sozialversicherungsbeiträge bei Ein-Euro-Jobs, vor allem aber die an Maßnahmeträger gezahlten Gelder, Kosten der Unterkunft), lassen sich mit wenig Mehraufwand tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze finanzieren. Der Bedarf für entsprechende Beschäftigungen, die der Markt nicht bedient, ist riesengroß.

Wir fordern deshalb die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit einer Vielzahl von solchen Arbeitsverhältnissen bei Vereinen, Projekten und Initiativen im Sozial-, Umwelt- und Kulturbereich und für Chancengleichheit für Frauen. So können gemeinnützige Aufgaben verwirklicht werden, die kein privatwirtschaftlicher Anbieter übernimmt.

Initiativen in den Kommunen für Frauen- und Mädchenarbeit, Beratungsstellen für Gewaltopfer, die unabhängige Beratung für Erwerbslose, Kulturprojekte, interkulturelle Arbeit sowie Unterstützung für Frauenhäuser müssen vom Land gefördert werden.

Die landesweite objektbezogene Förderung von Wohnungsbau muss wieder aufgenommen werden, um gezielt den Wohnungsmarkt dort zu entlasten, wo sich gegenwärtig Mangelsituationen abzeichnen, zum Beispiel bei Single-Wohnungen in den großen Städten. Damit kann das Preisniveau der Mieten nach unten korrigiert werden. Zugleich wird damit auch eine Entlastung der Kommunen ermöglicht, die gegenwärtig die Wohnkosten der Hartz-IV-Berechtigten zahlen müssen.

DIE LINKE will nach dem Vorbild einzelner Kommunen landesweit einen »**Sozialpass Niedersachsen**« einführen, durch den Menschen mit geringem Einkommen mit Preisnachlässen Verkehrsleistungen, kulturelle oder sportliche Angebote in Anspruch nehmen können. Sie will, dass das Landesblindengeld einkommensunabhängig auf die Höhe vor der Abschaffung durch die Landesregierung unter Einrechnung eines Inflationsausgleichs zurückgeführt wird.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass landesweit die Schuldnerberatungsstellen gefördert werden, dass Fördergelder auch an Einrichtungen fließen, die der Prävention von Gesundheitsgefährdungen dienen – vor allem Sucht- und andere Beratungsstellen.

Gleiche Krankenversorgung für alle – unabhängig vom Geldbeutel!

CDU und SPD haben in der Bundesregierung das Gesundheitswesen weiter deformiert und den privaten Krankenkassen weitere Vorteile gegenüber den gesetzlichen Kassen verschafft. Das schadet besonders der gesundheitlichen

Versorgung der Ärmern und Normalverdiener, die nicht genug Geld haben, sich zusätzliche private Krankenversorgung einzukaufen.

Nach dem noch von der früheren niedersächsischen Sozialministerin Ursula von der Leyen im Dezember 2001 vorgelegten »Konzept für die künftige Krankenhausstruktur« soll etwa ein Viertel der niedersächsischen Krankenhausbetten gestrichen werden, obwohl Niedersachsen als Flächenland eine patientennahe stationäre Versorgung braucht. Das ist skandalös und nicht zu verantworten. Gleichzeitig wird die ambulante Versorgung der Patienten in ländlichen Gebieten durch Ärztemangel bedroht. Zudem gefährdet die Landesregierung mit der Privatisierung der Landeskrankenhäuser die Qualität der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung.

DIE LINKE fordert: Die Zahl der Krankenhausbetten darf in Niedersachsen nicht weiter reduziert werden, die Verteilung der Krankenhäuser muss sich an wohnortnaher Versorgung mit den gängigen Fachrichtungen orientieren.

Regionale öffentliche Krankenhäuser sollen zu Gesundheitszentren weiterentwickelt werden. Es muss Schluss gemacht werden mit der **Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser**.

Niedergelassene Ärzte sollen mit dem Ziel der Sicherung einer flächendeckenden Versorgung im ländlichen Bereich öffentliche zinsgünstige Krediten erhalten. Sie sollen in der häuslichen Patientenversorgung – nach schwedischem Vorbild – durch das **Projekt der Gemeindeschwestern/-pfleger** unterstützt werden, was eine intensive Vor-Ort-Betreuung in der Gesundheitsvorsorge und Pflege gerade von älteren und bewegungseingeschränkten PatientInnen ermöglicht.

DIE LINKE fordert das Konzept der Gemeindeschwester/-pfleger auch für die Familienhebamme, die nach der Geburt die Eltern zuhause besucht und bei Fragen der gesundheitlichen Versorgung, der Ernährung und des Umgangs mit dem Kind berät, bis das Kind in die Krippe oder den Kindergarten kommt.

In Bezug auf die medizinische Versorgung von Kindern wollen wir, zunächst in den Ballungsräumen, mittelfristig auch flächendeckend, die Einrichtung eines speziellen Kinder-Notdienstes erreichen.

In Gebieten mit ärztlicher Unterversorgung soll durch öffentliche zinsgünstige Kredite die Niederlassung gefördert werden.

DIE LINKE will ein **Gesetz für ein öffentliches Gesundheitswesen**, das diesen Namen verdient. Dieses Gesetz soll

- die Durchsetzung und Kontrolle von Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern zur Verhinderung von Vernachlässigung gewährleisten;
- eine Bedarfsplanung für die Gesundheitsversorgung ermöglichen
- und dadurch die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung garantieren sowie eine wirksame Kontrolle von Gesundheitseinrichtungen (zum Beispiel der Qualität von Pflegeheimen, Pflegediensten) sicherstellen.

Den Gesundheitsämtern ist eine Aufsichts- und Planungspflicht zuzuweisen. Sie sollen – in Zusammenarbeit mit örtlichen »Runden Tischen Gesundheit« – Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung vor Ort organisieren.

In der **Drogenpolitik** befürwortet DIE LINKE **Hilfe für die Betroffenen** statt Strafverfolgung. Gefordert sind die Fortführung und die Absicherung von Methadon- und Heroin-Abgabeprogrammen unter staatlicher Kontrolle, Druckräume für Schwerabhängige, ausreichende Beratungs- und Therapieangebote für Drogenkranke. Polizei und Justiz sind von der Strafverfolgung des Besitzes, des Konsums und des Handelns mit kleinen Mengen bei Cannabis-Produkten freizustellen. Gleichzeitig muss eine verstärkte Aufklärung über gesundheitliche Risiken jedweder Art von Drogen stattfinden.

Menschenwürde im Alter

Durch Rentenkürzungen, Mehrwertsteuererhöhung und Reduzierung sozialer Leistungen hat die Bundesregierung das Leben der Menschen im Alter erheblich schwerer gemacht. Schon heute drücken finanzielle Sorgen viele Rentnerinnen und Rentner. Daneben ist für viele auch das Problem der selbstständigen Gestaltung ihres Alltags zentral. Allein und einsam in der Wohnung oder abgeschoben ins Pflegeheim – das ist die große Angst. Skandale der letzten Jahre haben gezeigt, dass das Betreuungsrecht schärfer kontrolliert werden muss – es darf nicht vorkommen, dass BetreuerInnen ihre Betreuten, ob Alte oder Nichtgeschäftsfähige, finanziell ausnehmen oder ohne Notwendigkeit in ein Heim abschieben.

Durch die Föderalismusreform sind die Länder jetzt zuständig für die Heime, also braucht Niedersachsen ein eigenes **Heimgesetz**. Dieses sollte – so weit irgend möglich – die

- Autonomie der BewohnerInnen gewährleisten;
- Anforderungen an ausreichende Beschäftigtenzahlen in Verbindung mit humanen und tariflichen Arbeitsbedingungen formulieren;
- eine humane Pflege
- und die Kontrolle der Lebenssituation zum Schutz der Schwachen
- sowie den Abbau überflüssiger Bürokratie gewährleisten.

Solange Alten- und Pflegeheimen unter Rendite-Gesichtspunkten betrieben werden, ist eine scharfe Kontrolle zum Schutz der BewohnerInnen und der Beschäftigten erforderlich. Eine ausreichende Zahl von Heimen in öffentlicher Hand muss für Privatbetriebe Standards setzen. Die BewohnerInnen müssen direkt oder über ihre BetreuerInnen Einfluss durch Heimbeiräte und ähnliche Institutionen ausüben können.

Neue Wohnformen im Alter wie Wohngemeinschaften mit jungen und alten Menschen oder nachbarschaftsorientierte ambulante oder stationäre Wohnpflegegruppen sind durch ein Heimgesetz zu unterstützen.

Menschen mit Behinderungen

Behinderte Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Deshalb ist der Ausgleich von behinderungsbedingten Schwierigkeiten bei der Teilhabe am täglichen Leben gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht vom finanziellen Leistungsvermögen der Betroffenen abhängig sein.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung an den gesellschaftlichen Belangen auszuweiten. Dabei fordern wir eine Ausweitung der Eigenverantwortlichkeit und stärkere Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen.

Wir wollen, dass staatlich finanzierte Hilfsangebote auf die individuellen Belange der Betroffenen zugeschnitten werden. Während bisher nur ein kleiner Teil der Menschen mit Behinderungen, z. B. sinnes- und anderer, körperbehinderte Menschen, Hilfsangebote über Leistungen der Sozialversicherungen einkommens- und vermögensunabhängig erhalten kann, sind ausgerechnet diejenigen, die wegen geistiger oder seelischer Behinderung umfangreiche Hilfen in den Bereichen Wohnen, Arbeit und/oder Freizeitgestaltung benötigen, auf Finanzierung der Maßnahmen nach den Sozialhilfegrundsätzen angewiesen. Dies bedeutet, dass jeder Hilfsmaßnahme, die in Anspruch genommen wird, eine Überprüfung der Einkommens- und Vermögenssituation vorausgeht.

Nicht selten müssen diese Menschen für notwendige Hilfe bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ihre Ersparnisse und große Teile ihres Einkommens selbst aufbringen. Nicht selten werden auch ihre Ehe- und LebenspartnerInnen und ihre Familien zu finanziellen Beiträgen aufgefordert. Deshalb verzichten viele auf die Inanspruchnahme dieser Leistungen oder versuchen sie nach Möglichkeit auf das absolut Erforderliche einzuschränken.

Die Angebote der Hilfsmaßnahmen werden in Niedersachsen durch die Landesregierung mit Pauschalsätzen gesteuert, die oft nicht dem Maß an Hilfe entsprechen, das die Menschen mit Behinderungen benötigen. Das Bestreben der Landesregierung ging immer dahin, den steigenden Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen durch immer neue Einsparmöglichkeiten entgegenzuwirken. Durch die Pauschalierung der Betreuerentschädigungen hat die Landesregierung in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die Betreuerinnen und Betreuer behinderten Menschen weniger Zeit widmen können und sich bei der gesetzlichen Vertretung auf das absolute Mindestmaß beschränken müssen.

Wir fordern ein eigenes Leistungsgesetz für die Teilhabe behinderter Menschen, in dem die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen einkommens- und vermögensunabhängig geregelt wird. Das geplante Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss nach Auffassung der LINKEN folgenden Grundsätzen entsprechen:

- Es muss emanzipatorisch sein, die Menschenwürde stärken und auf Solidarität und Selbstbestimmung der Betroffenen setzen.
- Es muss die umfassende Teilhabe der Betroffenen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, indem Barrieren beseitigt und behinderungsbedingte Nachteile ausgeglichen werden.
- Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Alle Neu-, Um- oder Anbauten im öffentlichen Bereich Niedersachsens müssen behindertengerecht und barrierefrei durchgeführt werden.
- Per Landesgesetz ist jede Kommune zu verpflichten, Behindertenbeiräte zu bilden, mindestens aber Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zu ernennen.

Wirtschaft: Sinnvolle Arbeit für alle organisieren

DIE LINKE setzt sich vor allem dafür ein, dass die Einkommens- und Lebensinteressen der Menschen nicht gegenüber den Profitinteressen zurückstehen – gerade auch gegenüber Banken und transnationalen Großkonzernen. Längerfristige volkswirtschaftliche Erfordernisse und gesellschaftliche Zusammenhänge müssen gegen die soziale Blindheit und das Kurzzeitdenken der Marktteilnehmer, insbesondere der Akteure auf den Finanzmärkten, zur Geltung gebracht werden.

Überlässt man den Kapitalismus seinen eigenen Gesetzen, führt dies unter anderem zu Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Deshalb ist eine gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen notwendig.

DIE LINKE fordert **Wirtschaftsdemokratie**. Sie zielt mit dieser Forderung darauf, die Alleinvertretungsmacht des Kapitals über wirtschaftliche Entscheidungen aufzuheben, die abhängig Beschäftigten zu schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte zu verwirklichen. Die Macht des großen Kapitals kann deshalb nur begrenzt werden, wenn die **Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften** gestärkt wird. Die LINKE wird sich in den aktuellen Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau und Betriebsverlagerungen solidarisch an die Seite der Beschäftigten stellen und die Arbeit der Betriebsräte und Gewerkschaften unterstützen. Auch die Interessenvertretungen der Nichterwerbstätigen müssen neue Rechte erhalten. Die LINKE setzt sich ein

- für den Erhalt und die Ausweitung von Flächentarifverträgen;
 - für öffentliches Eigentum, das nicht durch Privatisierungen gefährdet werden darf;
 - für eine Ausweitung öffentlichen Eigentums, weil nur so eine gestaltende Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls möglich ist;
 - für die paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen, die ausgeweitet werden muss.
- Wirtschaftspolitik ist auch Einkommenspolitik. Die Arbeitenden müssen von den Löhnen auch gut leben können. Auch deshalb ist für DIE LINKE die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro zentral.

Diesen Maßstäben hat die Regierungspolitik in Niedersachsen nicht annähernd entsprochen. Immer wieder versuchen Politikerinnen und Politiker, jeden nur konjunkturellen Rückgang der Arbeitslosenzahl in einen ursächlichen Zusammenhang mit ihrer Politik zu bringen, obwohl dieser tatsächlich nicht besteht. Sie täuschen im Übrigen darüber hinweg, dass gegenwärtig neugeschaffene Arbeitsplätze zum großen Teil prekär sind und die Erwerbslosenzahlen auch dadurch aufgeblüht werden, dass Ein-Euro-JobberInnen, Erwerbslose in Maßnahmen und Erwerbslose ohne ALG-Bezug in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht mitgezählt werden.

Die Förderung von sozial und ökologisch verträglichen Zukunftstechnologien bleibt bislang hinter den Möglichkeiten zurück. Für Existenzgründer und Mittelstand gibt

es keine überzeugenden Konzepte der Landesregierung. Viele Firmengründungen enden deshalb in der Insolvenz. Der Niedriglohnsektor und der Bereich sozialversicherungsfreier Beschäftigung werden ausgeweitet. Statt neue Arbeitsplätze durch Infrastrukturprogramme zu fördern, hat die Wulff-Regierung konzeptionslos gekürzt und die Investitionsquote über Jahre auf einen historischen Tiefstand gesenkt. Durch Kürzung des Finanzausgleichs fehlt den Kommunen das Geld, um auf örtlicher Ebene investieren und damit neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes sind Arbeitsplätze vernichtet und den Beschäftigten Arbeitszeitverlängerungen und weitere Mehrarbeit zugemutet worden. Die Mitbestimmung wurde durch das »Modellkommunen-Gesetz« des Landes abgebaut. Mit der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten hat die Landesregierung ihre familienfeindliche Politik unter Beweis gestellt. Sie will alle Lebensbereiche kommerzialisieren und nimmt dabei keine Rücksicht auf die im Handel Beschäftigten.

Die neoliberale Politik der Landesregierung hat das Klima in Betrieben und Verwaltungen, das vom Konkurrenzverhalten und Einschüchterungen geprägt ist, weiter verschlechtert. Sie hat die Positionen von Betriebs- und Personalräten teilweise geschwächt. Sie lässt zu, dass Wahlen von Betriebsräten von Unternehmensleitungen behindert werden – das alles hat mit Demokratie im Betrieb nichts zu tun!

DIE LINKE fordert:

- Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm muss aufgelegt werden, um öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie die Infrastruktur zu verbessern; durch mehr öffentliche Investitionen entstehen Arbeitsplätze.
- Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen; diese sollen in die Lage versetzt werden, im »Dritten Sektor«, wo Verbände, Vereine und Genossenschaften soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben erfüllen, neue Potenziale für zusätzliche Beschäftigungen zu schaffen.
- Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, vor allem in den Schulen. Die Landespolitik kann und muss steuern, dass im öffentlichen Dienst und in gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen nicht weiter Arbeitsplätze verlorengehen.
- Angestellte und Beamte des Landes erfüllen wichtige Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge. Entgeltkürzungen sowie die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld müssen zurückgenommen werden.
- Das Vergabegesetz muss so verändert werden, dass durch die Vergabe öffentlicher Aufträge Einfluss genommen werden kann, dass nur Unternehmen den Zuschlag für Angebote erhalten, die nach Tarif bezahlen und junge Leute ausbilden, die die Frauenförderung beachten und das Betriebsverfassungsgesetz und ökologische Standards einhalten.
- Zusätzliche Arbeitsplätze sollen durch die Förderung von Arbeitszeitverkürzung entstehen. Dabei muss Teilzeitarbeit ein Volumen haben, das eine eigenständige soziale Sicherung ermöglicht. Jede Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein.
- Unter dem Stichwort »Humanisierung der Erwerbsarbeit« soll Niedersachsen eine Initiative starten, die besonders in Zukunftsbranchen in Zusammenarbeit mit

Betriebs- und Personalräten und mit den Gewerkschaften Projekte unterstützt, die die Arbeitsbedingungen optimal gestalten.

- Die Wirtschaftsförderungsmittel sollen auf mittelständische Betriebe und Existenzgründer konzentriert werden, die tariflichen Standards anwenden und die Förderung zur Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden.
- Unternehmen, die Arbeitsplätze oder den Firmensitz ins Ausland verlegen, sollen aus Förderprogrammen des Landes ausgeschlossen werden und müssen erhaltene Fördermittel zurückzahlen.
- Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen gefördert werden.
- In den Regionen sowie im Land sollen Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ- und Beratungsrechten in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik gebildet werden. Darin sollen Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände mitwirken.
- Ein Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe ist zu erarbeiten. Es gilt, Reparaturstationen zum Beispiel für elektronische Haushaltsgeräte aufzubauen als Kontrapunkt gegen die unökologische Wegwerfwirtschaft.
- Die Gewerbeaufsicht muss (personell) gestärkt werden.
- Die von der Landesregierung eingeführte Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in die Wochenenden und in die Abendstunden hinein ist zurückzunehmen, weil sie beschäftigten- und familienfeindlich ist.

DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine andere Politik im **Bundesrat** durchzusetzen. Sie wird sich insbesondere einsetzen:

- für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro,
- für eine Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze und dafür, dass durch eine neue Gesetzgebung Beschäftigung und Qualifizierung in den Mittelpunkt gerückt wird und die Erwerbslosen ohne Diskriminierungen mit einem ausreichenden Existenzgeld ausgestattet werden,
- für Gesetzesänderungen, die gezielt Qualifikationsmaßnahmen für erwerbslose Frauen und Maßnahmen zur Förderung ihrer Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen,
- für mehr Mitbestimmung und die Stärkung der Positionen der Gewerkschaften.

VW-Gesetz

DIE LINKE will, dass die Errungenschaften des jetzt vom Europäischen Gerichtshof zum großen Teil gekippten VW-Gesetzes mit allen politischen und juristischen Mitteln, die dem Land zur Verfügung stehen, verteidigt werden, um öffentlichen Einfluss auf diesen Konzern zu sichern. Volkswagen und seine Standorte sind das industrielle Rückgrat des Landes Niedersachsen. Nur eine starke Landesbeteiligung ist eine Garantie dafür, dass z.B. Standorte wie Salzgitter oder Emden nicht dem Renditewahn zum Opfer fallen.

Die FDP startet immer wieder neue Versuche, den Landesanteil an den Aktien an der Börse zu verkaufen. Eine andere Bedrohung geht von der EU-Kommission aus, die mithilfe des Europäischen Gerichtshofs wichtige Bestimmungen des VW-Gesetzes ausgehebelt hat.

DIE LINKE in Niedersachsen wird den Landesanteil an diesem Unternehmen verteidigen und sich für den Erhalt der im VW-Gesetz festgelegten Regelungen einsetzen, die durch das EuGH-Urteil nicht berührt sind, also vor allem die Regelung, wonach gegen den Willen der BeschäftigtenvertreterInnen keine Standortschließungen zulässig sind. Weil mit dem Landesanteil zumindest die Möglichkeit besteht, auf die Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls Einfluss zu nehmen, muss in jedem Fall eine Sperrminorität der öffentlichen Hand im VW-Konzern gesichert werden.

Das VW-Gesetz resultiert aus einem Neuanfang nach den Nazi-Verbrechen, die am Anfang der Konzerngeschichte stehen. Diese Sonderrolle nicht anzuerkennen, wäre ahistorisch und ein weiteres Beispiel für die unsinnige neoliberale Wettbewerbslogik.

Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – keine Privatisierungen

Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigt DIE LINKE die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

Deshalb bekämpft DIE LINKE die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, weil sie elementare Bereiche menschlichen Daseins nicht privater Profitlogik unterwerfen will.

Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche gibt, für die der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert die Politikverdrossenheit. Werden Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Wirtschaftsförderung öffentlich-rechtlich und damit unter dem Einfluss der gesamten Gesellschaft betrieben, lohnt sich das Engagement: Die Einwohner und Einwohnerinnen beziehungsweise die Vertreter gesellschaftlicher Gruppen können dann mitentscheiden, mit welchen Zielen und Methoden diese Einrichtungen betrieben werden.

Die niedersächsische Landesregierung hat das Land in ein Privatisierungsfieber getrieben. Gegenwärtig tobt sich dieser Wahn im Bereich der **psychiatrischen Landeskrankenhäuser (LKH)** aus. Die öffentliche Gesundheitsvorsorge wird zur Ware gemacht. Für ein Butterbrot bekommen private Betreiber Einrichtungen, so zum Beispiel für nur eine halbe Million Euro die renommierte Klinik in Tiefenbrunn bei Göttingen.

Die Folgen werden nach Ablauf einer gewissen Schamfrist sein, dass die sozialen Standards der jetzt noch durch das Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes regulierten Arbeitsverhältnisse gesenkt werden und alle wirtschaftlichen Entscheidungen in den Landeskrankenhäusern weniger nach Gesichtspunkten der medizinischen Notwendigkeiten als nach Renditekriterien erfolgen. Die neuen Eigentümer werden den Kaufpreis durch die Reduzierung der Personalkosten, durch Outsourcing, Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung und Personaleinsparungen wieder hereinholen.

Eine spezielle Form der Privatisierung ist als »Public-Private-Partnership« (PPP) bekannt. Nach diesem Modell werden im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gemischte Eigentumsformen geschaffen, die Arbeitsplätze gefährden, die Arbeits- und Sozialbedingungen der Beschäftigten verschlechtern, die Qualitätsstandards herabsetzen und zudem für die Kommunen – insbesondere durch Vorbereitung, Begleitung und Kontrolle des PPP-Projekts – um Größenordnungen teurer werden, als wenn diese Aufgaben selbst erledigt würden. Mit PPP wird zudem durch undurchsichtige Verträge das unternehmerische Risiko auf die öffentlichen Beteiligten abgewälzt, während sich die privaten Beteiligten langfristig sichere Renditen zuschanzen. Die demokratische Kontrolle von PPP ist nicht gegeben.

Im Bereich der inneren Sicherheit droht eine schleichende Privatisierung, wenn hoheitliche Aufgaben abgegeben werden und private Wachdienste Fußgängerzonen, Bahnen und öffentliche Gebäude überwachen. Die Privatisierung des Strafvollzugs nach US-Vorbild wäre nach der Logik ihrer Betreiber der nächste Schritt.

DIE LINKE will **rekommunalisieren und öffentliche Unternehmen ausweiten**.

Um jeder Diskussion über Privatisierung die Grundlage zu entziehen, müssen die öffentlichen Unternehmen gut und effektiv geführt werden. Entsprechende Management- und Kontrollsysteme sind einzuführen.

Gegen ein gut geführtes öffentliches Unternehmen hat ein privates kaum eine Chance. Die Sparkassen machen das in Deutschland vor. Sie sind öffentliche Einrichtungen, deren Gewinne an die Kommunen fließen oder an Stiftungen und die dafür sorgen, dass den Kommunen und kleinen Gewerbetreibenden etwas günstigere Kredite zur Verfügung gestellt werden können.

Große Bereiche des Gesundheitswesens werden über die Wohlfahrtsverbände oder Kirchen organisiert. **Genossenschaften** sind zum Beispiel im Wohnungsbaubereich aktiv. Sie übernehmen dort in demokratischer Weise organisiert ähnliche Funktionen wie kommunale Unternehmen.

Im kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich gibt es eine Vielzahl an Vereinen, die häufig mit wenig Mitteln und zusätzlicher ehrenamtlicher Arbeit gesellschaftlich sinnvolle Arbeit verrichten. Diese »Unternehmen« sind zu schützen.

DIE LINKE wird durch aktive Beschäftigungspolitik, durch die Vergabe von Mikrokrediten und durch Unterstützung für Selbsthilfegenossenschaften und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in diesem Bereich Arbeitsplätze schaffen.

Darüber hinaus will DIE LINKE Bestrebungen der Bevölkerung zur Übernahme von Grundversorgungseinrichtungen (Energie, Wohnungen, Wasser...) in gemeinsames genossenschaftliches Eigentum fördern. Gegen Privatisierungen und gegen bestehende privatkapitalistische Organisationsformen sind Genossenschaften die bessere Lösung. DIE LINKE fordert den Aufbau eines umfassenden Beratungs- und Qualifizierungsangebots für die Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften der Daseinsfürsorge.

DIE LINKE steht für folgende landespolitische Ziele:

- Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Niedersachsen geben.
- Die Privatisierung der Landeskrankenhäuser ist zu stoppen und, wo sie erfolgt ist, schnellstmöglich rückgängig zu machen.
- Wir werden uns jeder Änderung des Sparkassengesetzes oder anderer Gesetze, die bislang öffentliches Eigentum vor dem Zugriff privater Erwerber sichern, entgegenstellen.
- »Public-Private-Partnership« (PPP) als demokratisch nicht kontrollierbares und stark überteuertes Modell zur Erledigung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

- Die Schulen Niedersachsens müssen tabu für Privatisierer sein. Wir wollen weder Schulkantinen von McDonald's noch Turnhallen mit Adidas-Werbung. Wir wollen, dass unsere Schulen aus dem demokratisch bestimmten Landeshaushalt mit allem ausgestattet werden, was sie brauchen.
- Die Sicherheit der Städte und Dörfer des Landes ist eine öffentliche Aufgabe. Sicherheitsaufgaben sind Sache der Polizei, sie gehören nicht in private Hände.
- Modellhaft sollen vom Land Initiativen genossenschaftlicher Eigentumsbildung gefördert werden. Es ist unser Ziel, den Anteil dieses »dritten Sektors« zwischen profitorientiertem Kapitalismus und Staatsbetrieben jedes Jahr in der Wirtschaftsleistung Niedersachsens zu erhöhen.

Frauen – mehr als die Hälfte der Niedersachsen

51 Prozent der Menschen in Niedersachsen sind weiblichen Geschlechts. Sie bilden nicht nur die Mehrheit. Sie leisten auch jeden Tag mehr Arbeitsstunden als Männer. Sie leiden unter mehr Stress, unterliegen einem höheren Armutsrisiko, übernehmen mehr Erziehungs- und Betreuungsverantwortung. Es sind fast ausschließlich Frauen, die Gewalt in der Ehe ausgesetzt sind.

In anderen Bereichen dagegen erhalten Frauen deutlich weniger als die Hälfte: beim Einkommen, bei gesellschaftlichen und beruflichen Führungspositionen, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der sozialen Anerkennung.

Frauenpolitik heißt für DIE LINKE, eine feministische Lesart ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse und eine entsprechende politische Gestaltung in der Arbeitswelt, der Bildung, den Sozialsystemen, der Öffentlichkeit und in der eigenen Organisations- und Politikentwicklung voranzubringen.

Frauenpolitik ist ein Querschnittsthema, das in allen politischen Bereichen verankert werden muss. Gleichzeitig ist Frauenpolitik als ein eigenes Politikfeld notwendig, solange die strukturelle Benachteiligung von Frauen nicht überwunden ist. »Gender-Mainstreaming« kann dieses Politikfeld ergänzen, nicht aber ersetzen.

Für DIE LINKE sind Geschlechterquotierung, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit sowie bedarfsdeckender Ausbau von Ganztageseinrichtungen zur Kinderbetreuung zentrale politische Forderungen.

Die Trennung in männliche und weibliche soziale Rollen, die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts müssen aufgehoben werden. Wir wollen die bestehenden patriarchalen Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigen.

Bereits Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat in Niedersachsen alle Frauenprojekte, die bisher mit sogenannten Kleinstförderungen von bis zu 7000 Euro unterstützt wurden, komplett gestrichen.

Die Verpflichtung von Kommunen ab 20000 Einwohnern, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen, wurde 2005 durch eine Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) auf Landkreise und große kreisfreie Städte reduziert. Damit fiel die Zahl der verpflichtend hauptamtlich zu beschäftigenden Frauenbeauftragten von 137 auf 55, die tatsächliche Zahl fiel bereits innerhalb eines Jahres von 187 auf 135.

Und: Die Gleichstellungsbeauftragten können – durch die zu 80 Prozent von Männern dominierten Räte – mit einfacher Mehrheit abgewählt werden!

Den Initiatoren von Frauenprojekten, Vereinen und Verbänden werden auf diese Weise nach der materiellen Unterstützung zusätzlich noch die AnsprechpartnerInnen entzogen. Hauptberufliche Frauenbeauftragte kümmern sich um Tagesmütter und Alleinerziehende, bringen Gewalt an Frauen und Kindern zur Sprache. Sie stellen Verbindungen her, ermöglichen kurze Wege. Oft sind sie der entscheidende Anstoß für KommunalpolitikerInnen, für weitere Fortschritte in der Chancengleichheit für Frauen und Mädchen zu streiten.

Junge Frauen

Längst haben Mädchen und junge Frauen im Durchschnitt die besseren Bildungsabschlüsse. Dennoch finden sie schwerer einen anspruchsvollen, gutbezahlten Arbeitsplatz, höhere Positionen sind ihnen schwerer zugänglich.

Das Dilemma beginnt mit der Berufswahl: Auch in Niedersachsen entscheiden sich noch immer mehr als die Hälfte der Mädchen für die klassischen, schlechtbezahlten Frauenberufe. In den Ingenieurberufen beträgt der Frauenanteil jedoch nur zehn Prozent. Verfestigte Rollenstereotype verhindern, dass Frauen in Physik und technische Berufe eindringen.

Der Girls' Day in Niedersachsen war ein Anfang. Leider wurde er inzwischen sinnentstellend in einen sogenannten »Zukunftstag« für Mädchen und Jungen umgewandelt.

DIE LINKE setzt sich für kulturelle Projekte ein, die gezielt eine Veränderung dieser patriarchalen Mentalität fördern. Dazu gehört, dass Kinder schon im Kindergarten und in der Schule ein geändertes Rollenverhalten erlernen (siehe Abschnitt »Alle fördern, keinen zurücklassen«.) Es ist notwendig, die Berufsberatung auszubauen und sie inhaltlich zu verbessern.

Frauen auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt – prekäre Beschäftigung nimmt zu!

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt oberflächlich, so scheinen Frauen die Gewinnerinnen zu sein. Der Zuwachs an Beschäftigung ging zum größten Teil an Frauen. Geht man jedoch in die Tiefe, zeigen sich die Probleme, nämlich

■ **eine Zunahme** von Teilzeitarbeit, was bedeutet: Einkommen, von dem frau nicht alleine leben kann und ein Arbeitsplatz ohne Aufstiegschancen (Teilzeitquote: Frauen = 35,9 Prozent, Männer = 5,1 Prozent / Stand: Juni 2005).

■ **eine Zunahme** von Befristungen, meist auf ein halbes Jahr, was jegliche Lebensplanung unmöglich macht. Es gibt Branchen, die vorrangig mit Befristungen arbeiten (zum Beispiel Callcenter).

■ **eine Zunahme** von Minijobs, also ein bisschen »Zuverdienst« ohne nennenswerte eigenständige soziale Sicherung. Ihre Zahl stieg in Niedersachsen allein von 2003 auf 2005 um 7,7 Prozent. 68,7 Prozent der Minihauptjobs werden von Frauen belegt (Stand Juni 2005).

■ **eine Zunahme** von Frauenarbeit in Niedriglohnbereichen, in denen Frauen weit weniger als den geforderten Mindestlohn erhalten.

Im Schnitt erhalten Frauen für vergleichbare Arbeit nur 80 Prozent von dem, was Männer bekommen. Weibliches Arbeitsvermögen – besonders im Dienstleistungs- und Erziehungsbereich – wird als minderwertig eingestuft.

In gutbezahlten Berufen, zum Beispiel im Ingenieurbereich, ist die Arbeitslosigkeit der Frauen größer als die der Männer. Schaltstellen der Macht werden in Wirtschaft und Gesellschaft überwiegend von Männern besetzt. Gehaltsverhandlungen, die in Prozentsätzen verharren, vergrößern die Verdienstkluft der Geschlechter Jahr um Jahr. Dies wirkt sich auch auf die spätere Rente aus. Von Altersarmut sind besonders Frauen betroffen.

Auch in Zeitarbeitsverhältnissen verdienen Frauen weniger als Männer, ihre berufliche Einstufung liegt häufiger unter der beruflichen Qualifikation.

Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt zu – 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Sie haben die schlechtesten Jobs und geraten am schnellsten in die Hartz-IV-Falle.

Soziale Sicherheit für Frauen

Frauen gehören zu den Verlierern der SPD-GRÜNEN-Arbeitsmarkt«reformen«. Sie werden unter Verweis auf verdienende Partner aus dem Bezug von ALG II und damit letztlich aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Sie können dabei unter Umständen den Krankenversicherungsschutz verlieren. Kindergeld und Unterhaltszahlungen werden beim ALG II als Einkommen auf den »Bedarf« des Kindes angerechnet. Die Bündelung aller Zumutungen trifft Migrantinnen. Sie erhalten zum Beispiel nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur 70 Prozent des Betrags von Hartz IV. Spezifische weibliche Fluchtgründe werden nicht anerkannt.

DIE LINKE setzt sich für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein. »Bedarfsgemeinschaften« gehören abgeschafft. Für Niedersachsen fordern wir sinnvolle Qualifizierungsprogramme für erwerbslose Frauen und verbesserte Möglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen, insbesondere für alleinerziehende. Die landeseigenen Betriebe und Einrichtungen sowie der öffentliche Beschäftigungssektor gehen hierbei mit gutem Beispiel voran. Die Zahl der Koordinierungsstellen Frauen und Beruf/Wirtschaft ist auszubauen, ihre Aufgaben sind zu erweitern um aktive Arbeitsmarktpolitik. Zusätzlich muss ein dichtes Netzwerk von Beratungsstellen für soziale Fragen existieren.

Schutz von Frauen vor Gewalt

Leider ist häusliche Gewalt – deren Opfer fast ausschließlich Frauen und Kinder sind – auch heute noch an der Tagesordnung. Seit der Einführung des Gewaltschutzgesetzes auf Bundesebene wird häusliche Gewalt endlich auch offiziell nicht mehr als Privatsache betrachtet, sondern als eine Angelegenheit der inneren Sicherheit.

DIE LINKE in Niedersachsen wird sich dafür einsetzen, dass für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen ausreichend Landesmittel bereitstehen. Die Zahl der Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) muss ausgebaut werden.

Der Tatbestand »Gewalt in Familien« muss nun auch Eingang in die Polizeistatistiken finden, damit das Ausmaß derartiger Straftaten ermittelt und die Öffentlichkeit dafür sensibilisiert werden kann. Als Gewalttäter wird man nicht geboren.

DIE LINKE setzt sich deshalb ein für eine gewaltfreie Erziehung und für umfassende Bildungs- und Präventionsprogramme.

Alle Menschen sind nach unserer Verfassung gleich. Deshalb wird sich DIE LINKE im Landtag für folgende Ziele einsetzen:

- Wir fordern die Einrichtung eines Frauenministeriums. Diesem muss ein aufschiebendes Vetorecht bei allen Kabinettsvorlagen eingeräumt werden. Durch Einbeziehung von Frauenorganisationen und -verbänden, Gewerkschaften und Expertinnen soll ein geschlechtergerechter Landeshaushalt erwirkt werden.
- Die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) wird dahingehend geändert, dass Kommunen ab 10000 Einwohnern verpflichtet sind, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte (das heißt, mit mindestens 20 Arbeitsstunden) zu bestellen.
- Die existierenden Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser werden angemessen gefördert und ausgebaut. Das Land stellt sicher, dass solche Anlaufpunkte für Frauen in jedem Kreis beziehungsweise jeder kreisfreien Stadt existieren. Die finanzielle Förderung von Frauenprojekten wird wieder ausgeweitet und ein Fonds für Kleinstprojekte geschaffen.
- Die Aufgaben der Koordinierungsstellen Frauen und Beruf/Wirtschaft sind zu erweitern um aktive Arbeitsmarktpolitik. Frauenräte, Gewerkschaften und Betriebsräte sind in diese Prozesse einzubinden. Fördermittel für Berufsrückkehrerinnen- und Qualifizierungsprojekte werden nach der Zahl der erwerbslosen Frauen quotiert (siehe Abschnitt Wirtschaft).
- Alle neu zu besetzenden Arbeits- und Ausbildungsplätze des Landes auf allen Besoldungsstufen werden mit Frauenquoten versehen. Die Weiterbildung und die Beförderung von Frauen werden durch einen Stufenplan eingeleitet.
- Personalkostenbudgets für Behörden werden in Zukunft auch nach der Frauenförderung bemessen.
- Notwendig ist ein Vergabegesetz, das Frauenförderung im Unternehmen als Voraussetzung nennt.
- Wir fordern ein eigenständiges Bleiberecht für Migrantinnen unabhängig von ihren Ehemännern. Dazu gehört die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe,

wie zum Beispiel genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat oder Witwenverbrennung. DIE LINKE fordert die Härtefallkommission des Landtags auf, entsprechend zu handeln.

- DIE LINKE setzt sich für kulturelle und Bildungsprojekte vom Kindergarten bis zur Hochschule ein, die gezielt eine Veränderung der patriarchalen Mentalität fördern. Der Girls' Day muss in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt werden.

- DIE LINKE macht sich dafür stark, dass Niedersachsen eine Bundesratsinitiative für eine Verbesserung der Elterngeldregelungen nach skandinavischem Vorbild startet.

Mit dem Ziel, für Frauen gleiche Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu schaffen, setzt DIE LINKE sich dafür ein, dass Niedersachsen im Bundesrat Initiativen ergreift für

- eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit mit Entgeltausgleich und für den Abbau von Überstunden,

- ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft,

- die Zulassung einer zeitlichen Befristung von Arbeitsverträgen nur in sachlich begründeten Ausnahmefällen,

- die Sozialversicherungspflicht aller Arbeitsverhältnisse,

- einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens acht Euro.

Familienpolitik eingebunden in sozialer Verantwortung

DIE LINKE steht für einen Wechsel in der Familienpolitik. Sie fordert eine stärkere Übernahme öffentlicher Verantwortung für Kinder, die Pflege und Versorgung älterer, hilfebedürftiger Menschen und Familien. Sie benötigen soziale Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten

Das Konzept eines Elterngeldes birgt ein großes Potenzial für eine Familienpolitik jenseits der alten Rollenstereotype, die Müttern die Sorgearbeit und Vätern die Ernährerrolle zuweisen. Wir wollen jedoch kein Elterngeld, das Alleinerziehende, Einkommensschwache, Eltern in Ausbildung und Erwerbslose benachteiligt und MigrantInnen mit vorübergehender Aufenthaltsgenehmigung ausschließt.

Wir wollen den Ausbau des Elterngeldes nach skandinavischem Vorbild: Die Bezugsdauer wird auf 24 Monate erhöht, wobei jeder Elternteil einen individuellen, nicht übertragbaren Anspruch auf die Hälfte der Zeit hat. Der Anspruch beginnt mit der Geburt des Kindes und endet mit dessen siebtem Geburtstag. In diesem Zeitraum kann der Elterngeldanspruch in mehrere Abschnitte von mindestens zwei Monaten Länge aufgeteilt werden. Das Mindestelterngeld wird auf 450 Euro angehoben. Dieser Vorschlag gibt Eltern Entscheidungsfreiheit und fördert die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Wichtig ist der LINKEN hierbei auch die Ermöglichung einer Teilzeitarbeit, bei der das Elterngeld Einkommensausfälle ausgleicht.

Trotz gegenteiliger Versprechungen der zuständigen Ministerin hat die Landesregierung in ihrer Amtszeit keine Initiativen für eine bessere Kinderbetreuung oder den Ausbau von Ganztagsangeboten ergriffen. Beim Angebot an Krippen- und Hortplätzen gehört Niedersachsen bundesweit zu den Schlusslichtern. Die Einführung des Familien-TÜVs, wonach Gesetzentwürfe der Landesregierung auf ihre Auswirkungen auf Familien überprüft werden müssen, hat sich als völlig wirkungslos erwiesen.

DIE LINKE will jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz gesetzlich zusichern. Dieser Anspruch soll unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern bestehen. Wir werden durchsetzen, dass die Kindertagesstättenangebote, also Krippe, Kindergarten und Hort für die Eltern kostenfrei angeboten werden.

In Niedersachsen besteht auf diesem Gebiet großer Nachholbedarf, insbesondere fehlen Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung Initiativen zum Ausbau des Betreuungsangebots ergreift und die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht alleinlässt.

DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm des Landes zur Sicherung kostenloser Ganztagsbetreuungsangebote für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an.

Frauen werden immer noch als erste Zuständige für die Pflege von Alten angesehen. Die Bestrebungen der Bundesregierung zur Erhöhung des Rentenalters und Sparmaßnahmen bei staatlichen Pflegeleistungen können diesen familiär-beruflichen Vereinbarkeitskonflikt von Frauen verschärfen. Wir meinen, dass Pflege vorrangig als staatliche Aufgabe gesehen werden muss, die nicht aus Kostengründen in die Familie zurückverlegt werden sollte.

Alle fördern, keinen zurücklassen – gebührenfreie Bildung für alle

Die Entwicklungsmöglichkeiten einer und eines jeden hängen heute mehr denn je vom freien Zugang zu Informationen und Wissen ab, von der Möglichkeit, sich zu bilden und an der Kultur dieser Gesellschaft teilzuhaben. Dies ist auch Voraussetzung und Mittel für ihre Veränderung. Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Das Recht auf Bildung und Ausbildung gehört ins Grundgesetz! DIE LINKE fordert seine Verwirklichung für alle Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität, Geschlechtszugehörigkeit, sozialen Lage und ihrer besonderen körperlichen und geistigen Verfasstheit. Es geht um eine demokratische, sozial gerechte und emanzipatorische Bildung für alle – von Anfang an und ein Leben lang. Es geht darum, jeden Menschen in seiner Verschiedenheit zu akzeptieren und sozial wie kulturell bedingte Nachteile im gesamten Lebensprozess immer wieder auszugleichen. Es geht um Lehren und Lernen durch Motivation und nicht durch Angst machenden Druck im Lernprozess. Das muss in den Mittelpunkt der Ausbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen gestellt werden.

Misst man die Bildungspolitik der amtierenden CDU/FDP-Landesregierung an diesen Maßstäben, so hat diese Politik eine klare Negativbilanz aufzuweisen: Studiengebühren, faktische Abschaffung der Lernmittelfreiheit, immer stärker selektierende Bildungseinrichtungen, wonach Schulkinder nun schon nach der vierten Klasse getrennt werden, Unterrichtsausfall, Entdemokratisierung der Schulverfassung und immer mehr Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Schule dient so als ein Instrument, mit dem ein Teil der nachwachsenden Generation systematisch ausgegrenzt wird. Dies trifft vornehmlich Kinder aus sozial benachteiligten Familien einschließlich der Migrationskinder. Der Hauptschulbereich entlässt ca. 1/3 seiner Absolventen ohne eine reale Chance, eine Berufsausbildung durchlaufen zu können. Die Auswirkungen sind für die Betroffenen der Erwerb eines negativen Selbstbilds mit der vermeintlichen Gewissheit, das eigene Schicksal selbst verschuldet zu haben, für die Gesellschaft Probleme wie Jugendgewalt, Schulverweigerung und allgemein steigende Jugendstraffälligkeit.

Da Bildungspolitik in Landeshoheit liegt, ist sie zugleich das eigentliche Zentrum jeder Landespolitik, von den Billig-Kitas à la von der Leyen bis zur Billig-Uni von Herrn Stratmann. Auch um dies zu ändern, muss die staatliche Trägerschaft der Einrichtungen erhalten bleiben.

DIE LINKE tritt an, diesen fatalen Kurs aufzuhalten und zu ändern. Sie will deshalb im Landtag Initiativen auf folgenden Feldern ergreifen:

Frühkindliche Bildung

Der Bereich der frühkindlichen Förderung und Bildung ist wie kein zweiter dafür bestimmt, den Grundstein einer jeden (Bildungs-)Biografie zu legen. Ziel jeder vernünftigen Bildungspolitik muss es sein, den Menschen dazu zu befähigen, sich eigenständig Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen. Daraus erwächst

die Kompetenz, die sozialen Umstände zu erkennen und verändernd in sie eingreifen zu können. Kulturelle, gesellschaftliche und politische Teilhabe sind elementare Bestandteile einer demokratischen Gesellschaft. Um umfassende Demokratie zu schaffen und zu festigen, müssen im Bereich der frühkindlichen Bildung (in Kindergärten und -krippen) folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

- Die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) vom Dezember 2004 muss konsequent erfolgen. Aber nicht mit einer Mogelpackung wie dem Tagespflegegesetz, das neben der Krippe mit der Möglichkeit der Pflege in anderen angemieteten Räumen mit mehreren Tagesmüttern die Kleinkinderbetreuung durch schlecht-bezahlte Tagesmütter umsetzen will.
- Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muss auch tatsächlich und wohnortnah eingelöst werden. Eine Absenkung der Kindergarten-Standards darf es nicht geben.
- Frühkindliche Bildungseinrichtungen haben einen Bildungsauftrag. Nach skandinavischem Vorbild sollen die Erzieherinnen und Erzieher eine Hochschul(aus)bildung besitzen. Eine entsprechende Weiterqualifizierung muss gewährleistet werden.
- Kindertagesstättenplätze (Krippe, Kindergarten und Hort) sind für alle Kinder gebührenfrei und ganztägig zur Verfügung zu stellen. Halbtags-, Dreiviertel- und Ganztagsplätze müssen Verpflegung unentgeltlich anbieten.
- Schrittweise müssen immer mehr Krippenplätze geschaffen werden, bis die Nachfrage vollständig gedeckt ist. Die derzeitige tatsächliche Nachfrage nach Krippenplätzen muss umgehend gedeckt werden und die Plätze müssen gebührenfrei zur Verfügung stehen. Die Kommunen sind von den Kosten freizuhalten.
- Die Investitionen in die Institutionen der frühkindlichen Bildung sind den Kommunen zukünftig komplett über den Kommunalen Finanzausgleich zu erstatten.
- Etwa vier Prozent eines Jahrgangs werden mit Behinderungen geboren. Diese Menschen müssen selbstverständlicher Teil der Regel-Bildungseinrichtungen werden. Kindergärten sind daher grundsätzlich nach dem Integrationsprinzip mit entsprechend qualifizierten PädagogInnen und ohne bauliche Schranken zu konzipieren.
- Die Kommunen bieten den Eltern in regelmäßigen Abständen einen altersentsprechenden Platz für ihr Kind in einer frühkindlichen Bildungseinrichtung an.
- Die Öffnungszeiten der frühkindlichen Bildungseinrichtungen sind den realen Lebensbedingungen der Familien (zum Beispiel Arbeitszeiten und Anfahrtszeiten der Eltern) anzupassen.
- Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund haben in der Regel andere Lern- und Sozialisationsprobleme und bedürfen daher eigenständiger (interkultureller) Förderkonzepte und Sprachförderung.
- Kleine Gruppen geben den ErzieherInnen die Möglichkeit, individuell auf die Kinder einzugehen. Dies ist gerade in sozial schwierigen Gebieten notwendig. Die Gruppen sollten deshalb maximal 15 Kinder groß sein.

Schulen

Unter Kultusminister Bernd Busemann (CDU) ist Niedersachsen zwangsweise in das Schulsystem der 1950er Jahre zurückbefördert worden. Das von ihm neu eingeführte frühzeitige Trennen und Aussortieren der Kinder nach dem vierten Schuljahrgang ist europaweit ein fast einmaliger Sonderweg. Zudem wurde von der CDU/FDP-Landesregierung durch eine Änderung des Schulgesetzes auch noch die Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen verboten.

Dieser verhängnisvollen Entwicklung ist bereits vom früheren SPD-Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel mit der Abschaffung der Orientierungsstufe der Weg bereitet worden. Die SPD Niedersachsen schlägt jetzt die »Gemeinsame Schule« von Klasse fünf bis zehn vor, will aber das bestehende Schulsystem daneben weiterexistieren lassen. Es soll allein der »Elternwille« entscheiden. Dies ist inkonsequent und angesichts der Probleme, die das dreigliedrige Schulsystem ständig hervorbringt, unverantwortlich.

Die Landesregierung hat unter maßgeblicher Beteiligung der Bertelsmann Stiftung mit dem Gesetz zur »Eigenverantwortlichen Schule« den ersten Schritt zur Privatisierung der Schulen getan. Eine eigenverantwortliche Schule in dieser Form lehnt DIE LINKE ab. Mit der Einrichtung eines Schulvorstands wird die Gesamtkonferenz als demokratisches Element entmachtet. Sogenannte »Qualitätskontrollen« durch Schulinspektoren, die mithilfe von Prüfciffern erfassen, wie viele einen angestrebten Abschluss schaffen, sind ungeeignete Mittel. Statt über die Qualität geben sie vielmehr Auskunft über soziale Strukturen. Wenn dann, wie geplant, auch noch die Schulbezirke aufgehoben werden, geht der letzte Rest von sozialer Durchmischung verloren. Die Konsequenzen lassen sich in England verfolgen: Nicht Eltern können sich die Schulen für ihre Kinder aussuchen, sondern die Schulen suchen sich ihre SchülerInnen.

Der Plan, Schulen in alleinige kommunale Zuständigkeit zu überführen, birgt schwere, nicht abzusehende Gefahren in sich. Nur durch die alleinige staatliche Trägerschaft – und damit über die alleinige staatliche Kontrolle über Lehrpläne, Lehrereinstellungen und Lehrausstattung – kann eine einheitliche Qualität der schulischen Versorgung im ganzen Land gewährleistet werden. Noch schlimmer ist die Idee, Public-Private-Partnership (PPP) einzuführen, eine andere Variante der Privatisierung öffentlicher Leistungen. Über dieses Modell bekommt die private Wirtschaft Zugang zu und Einfluss in den Schulen, um die Bildung allein nach ihren Bedürfnissen auszurichten.

Zurzeit wird die Abschaffung der Hauptschule diskutiert. Allerdings löst eine Zweigliedrigkeit des Schulsystems keine Probleme. Sie wiederholt nur die Spaltung des Schulsystems auf andere Weise.

DIE LINKE spricht sich eindeutig für die Integrierte Gesamtschule (IGS) aus – verbindlich für alle bis zur zehnten Klasse. Zahlreiche Untersuchungen und Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass gemeinsames Lernen ohne soziale Schranken nicht nur gerechter ist, sondern auch klüger macht.

Die IGS bietet zwei Abschlüsse an: der erste Abschluss erfolgt nach dem zehnten Schuljahr. Hieran schließt sich in der Regel die Berufsausbildung an. Der nächste

Abschluss kann nach dem 13. Schuljahr erfolgen und bietet eine Hochschulzugangsberechtigung. Ziel der IGS ist nicht Gleichmacherei. Sie gewährleistet eine den einzelnen Schülerinnen und Schülern angemessene, altersgerechte Förderung ihrer Fähigkeiten, Interessen und Neigungen. Sie zielt auf eine umfassende Stärkung und eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen. Der Unterricht ist so zu gestalten, dass Regelunterricht und andere Schulaktivitäten gleichberechtigt über den ganzen Tag verteilt werden.

So wird Schule zur erfüllten Lebenszeit. Noten und »Sitzenbleiben« sind dann überflüssig. Schwächen und Stärken von SchülerInnen müssen in individuellen Lehrplänen herausgearbeitet und wo nötig ausgeglichen werden. Lehrpläne müssen neben dem typischen Schulwissen insbesondere auch soziale Werte, ökologische Zusammenhänge und Kenntnisse des Gemeinwesens an sich vermitteln.

Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, in der das polytechnische Prinzip einen modernen praxisnahen Unterricht ermöglicht. Die Klassengröße muss schrittweise auf 20 SchülerInnen begrenzt werden. Dies erhöht viel eher die Qualität der Bildung als von oben verordnete Zentralprüfungen.

Die Integrierte Gesamtschule ist eine demokratische Schule. Das prägt ihren Inhalt und ihre innere Organisation. DIE LINKE will eine Schule, in der die Konferenzen drittelparitätisch zusammengesetzt sind. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollen gleichberechtigt die Gestaltung der schulischen Arbeit mitbestimmen und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten mitwirken können.

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit. Diese muss sich auf alle Ausgaben erstrecken, die im Zusammenhang mit dem Schulbesuch anfallen.

DIE LINKE wird im Niedersächsischen Landtag einen Gesetzesantrag stellen, für alle schulpflichtigen Kinder in Niedersachsen eine gegebenenfalls durch Landeszuschüsse geförderte, kostenfreie Mahlzeit an den Schulen in Niedersachsen einzuführen.

Ausschließlich qualifizierte PädagogInnen, die nach Tarif bezahlt werden, gehören an die Schule. Die Qualifikation muss durch flächendeckende, regelmäßige und kostenfreie Fortbildungsangebote, die nicht die Interessen von Unternehmen vertreten oder durch solche gesponsert werden, für LehrerInnen gefördert werden. Für die Bereiche Pädagogik und Psychologie werden die Fortbildungen verpflichtend.

So genannte Lern-AssistentInnen sind keine Lösung für den LehrerInnenmangel, sondern billige Arbeitskräfte, mit denen das Land Geld an den SchülerInnen sparen will. Auch Verwaltungsstellen und die Kräfte für die Infrastruktur einer Schule müssen sozialversicherungspflichtig werden. An unseren Schulen dürfen keine 1-Euro-Kräfte beschäftigt werden.

SchülerInnen mit Migrationshintergrund müssen besonders gefördert werden. Mädchen und Jungen muss die Möglichkeit gegeben werden, über ihre Geschlechterrollen zu reflektieren. Antigewalttrainings und das Erlernen von Konfliktlösungen werden Bestandteil des Unterrichts. Dies gehört für DIE LINKE zur demokratischen Schule.

Für SchülerInnen mit Behinderungen sind in jedem Jahrgang Integrationsklassen anzubieten. Die Barrierefreiheit von Schulbauten muss gewährleistet sein.

Wir fordern eine Überarbeitung der Lehrpläne nach humanistischen Gesichtspunkten. Privatschulen sind für uns kein Ausweg aus der bestehenden Schulmisere. Sie versprechen bessere Bildung für Geld, also nur für die, die es bezahlen können. Genau das will DIE LINKE nicht.

Zunehmende Schulverweigerung ist, vor allem im Hauptschulbereich, eine Auswirkung systematischer Ausgrenzung sozial Schwächerer und nicht Ausdruck persönlichen Versagens. Schulverweigerer und -verweigerinnen muss über speziell auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Lernangebote die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und somit eine echte Chance auf eine unabhängige Lebensführung geboten werden.

Ausbildung

Jahr für Jahr stellt sich das Problem, dass der zwischen Regierung und Unternehmern geschlossene »Ausbildungspakt« versagt. Es ist offenkundig, dass die Betriebe die berufliche Ausbildung für alle Ausbildungswilligen nicht garantieren. Ausbildung ist und bleibt aber die Lebensgrundlage für viele Menschen in unserer Gesellschaft! Bereits heute wird in vielen Bereichen der Fachkräftemangel beklagt.

Es ist daher im höchsten Maße verantwortungslos, dass die privaten und öffentlichen Unternehmen nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, um jungen Menschen das Recht auf Ausbildung zu gewährleisten. Es ist Aufgabe des Staates, diese Lücke zu schließen und von der Wirtschaft die finanziellen Mittel einzufordern.

Eine gerechte Lösung des Problems ist die Einführung einer **Ausbildungsabgabe** in Abhängigkeit von der Höhe der Wertschöpfung des Betriebes unter Berücksichtigung der Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze. Betriebe, die nicht ausbilden, aber von der Ausbildungsleistung anderer profitieren, müssen einen angemessenen Beitrag leisten, während andere, die ausbilden, entsprechend entlastet werden.

Daher fordert DIE LINKE:

- Alle Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten werden verpflichtet, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.
- Die Qualität der Ausbildungsplätze muss gewährleistet werden.
- Jugend- und Auszubildendenvertretungen sollen gestärkt werden.
- Wer nicht ausbildet, zahlt eine Ausbildungsabgabe, die den Betrieben zufließt, die ihre Ausbildungsverpflichtungen erfüllen.
- Das duale Ausbildungssystem ist unbedingt zu stärken, muss aber hinsichtlich der Zusammenarbeit von Berufsschule und Ausbildungsbetrieb optimiert werden.
- Die Ausstattung der Berufsschulen muss an die gestiegenen Anforderungen angepasst werden; die Klassengrößen sind zu verkleinern.
- Wo die Ausbildungsfähigkeit von SchulabgängerInnen noch nicht genügend entwickelt ist, muss sie durch ein gemeinsames Handeln von Berufsschulen und anderen relevanten Bildungsträgern gefördert und ausgebaut werden.
- Zurück zum Girls' Day als Unterstützung für die Berufswahl von Mädchen.

Hochschulen

Die CDU/FDP-Landesregierung hat mit Wissenschaftsminister Lutz Stratmann nach dem Regierungsantritt den Hochschulen ein 41 Millionen Euro teures Kürzungsprogramm verordnet, das als »Hochschuloptimierungskonzept« verkauft wurde. So wurden seit 2003 in Niedersachsen 5000 Studienplätze abgebaut.

Die Einführung von Studiengebühren durch die gegenwärtige Landesregierung ist ein besonderer Skandal. Studiengebühren blockieren die Durchlässigkeit zur Hochschule. Wer es sich nicht leisten kann, muss arbeiten oder einen Kredit aufnehmen. So starten AbsolventInnen mit einem Berg von Schulden ins Berufsleben.

An den Hochschulen in Niedersachsen soll überall das Bachelor-Master-System eingeführt werden. Das Ziel, die Vergleichbarkeit der Abschlüsse innerhalb Europas, ist aber nicht erreicht worden. Die Qualität der Abschlüsse ist selbst zwischen einzelnen Hochschulen zu unterschiedlich. Allgemein wird das Studium stärker verschult. Besonders reaktionär ist die Zielsetzung, nicht jeder und jedem, die/der einen Bachelor-Abschluss erworben hat, automatisch die Berechtigung zu verschaffen, das Master-Studium zu besuchen. Dieses System zielt auf Selektion, also darauf, das Studium den unmittelbaren Interessen der Wirtschaft zu unterwerfen und »Fachidioten« heranzubilden.

Die Hochschulen in Niedersachsen werden gegenwärtig mit »Ranking« oder Parolen wie »Stärkung der Starken« in einen ruinösen Wettbewerb getrieben. Statt die Hochschulen mit ausreichenden Mitteln für Forschung und Lehre auszustatten, um eine angemessene Qualität für alle zu sichern, sollen die Hochschulen sich um die geringer fließenden Mittel streiten. Auch innerhalb der Hochschulen wird so der Kampf der Fachbereiche gegeneinander stimuliert.

Mit der Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) wurde die Hochschulverfassung nach dem Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens umgebaut und damit entdemokratisiert.

DIE LINKE wird im Niedersächsischen Landtag für eine neue Hochschul- und Wissenschaftspolitik streiten:

- Die Einführung der Studiengebühren ist sofort und vollständig zurückzunehmen.
- Das Niedersächsische Hochschulgesetz muss im Sinne einer Demokratisierung der Hochschulselbstverwaltung reformiert werden. Die paritätische Besetzung aller Gremien der Hochschulen ist eine alte Forderung, die immer noch nicht erfüllt ist. Entscheidungskompetenzen müssen auf demokratisch gewählte Gremien übergehen und dürfen nicht von einem allmächtigen Präsidenten oder Hochschulbeiräten ohne demokratische Legitimation ausgeübt werden. Der studentischen Selbstverwaltung ist das politische Mandat gesetzlich zu garantieren.
- Die Freiheit der Wissenschaft und Forschung in den Grenzen des humanistischen Gedankens ist ebenso zu garantieren wie die angemessene personelle, finanzielle und materielle Ausstattung der Hochschulen. Deshalb tritt DIE LINKE für die Stärkung der Autonomie der Hochschulen und den Abbau der bürokratischen Steuerung durch das Wissenschaftsministerium ein.

- Dort, wo bereits Bachelor-Master-Studiengänge eingeführt sind, ist die vollständige Durchlässigkeit zwingend zu gewährleisten.
- Der Zugang zu Hochschulen muss weiterhin berufsbegleitend auch ohne Abitur möglich sein. Entsprechende Möglichkeiten sind weiter zu fördern und auszubauen.
- Wir fordern die Hochschule in staatlicher Verantwortung und lehnen das Modell der Stiftungshochschulen ab.
- Nicht nur Studierende und Lehrende sind vom Kürzungswahn an unseren Hochschulen betroffen. Technisches Personal und Verwaltung leiden unter Stellenstreichung und Lohndruck. Wir fordern eine Ausstattung mit Mitteln, die die Bediensteten an Hochschulen in die Lage versetzt, ihre Aufgabe zu erfüllen. Durch Arbeitszeitverkürzung sind weitere Stellen zu schaffen. Tarifliche Absicherung für alle an der Hochschule Tätigen, auch für studentische Hilfskräfte.
- Die niedersächsischen Studentenwerke müssen finanziell wieder in die Lage versetzt werden, ihrem sozialen und gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Leistung der Studentenwerke – zukünftig Studierendenwerke – stellt gerade für Studierende aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien sowie für die ausländischen Studierenden eine maßgebliche und unverzichtbare Unterstützung dar. DIE LINKE wird sich unter anderem für die Wiedereinführung der Unterstützung von Baumaßnahmen und den Mensazentralfonds stark machen.
- Forschungsschwerpunkte müssen in einem demokratisch organisierten Prozess festgelegt werden. Die gesellschaftliche Bedeutsamkeit ist dabei ein Kriterium. Soziale Fragen, ökologische Nachhaltigkeit und die Aufhebung der Geschlechterdiskriminierung sind wichtige Forschungsfelder. Forschung darf nicht inhumanen Zielen dienen. Kriegsforschung ist von den niedersächsischen Hochschulen auszuschließen.
- Niedersachsen setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass bedürftige Studierende eine BAföG-Förderung ohne Rückzahlungsverpflichtung erhalten.

Ausbau der öffentlichen Weiterbildung

Entgegen allen Sonntagsreden vom lebenslangen Lernen sinkt die Weiterbildungsbeteiligung auch in Niedersachsen. Über Jahre haben die Landesregierungen die Mittel für die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung zurückgefahren, die Finanznot der Kommunen hat zu weiteren Kürzungen geführt.

So werden die Kosten der Bildungsmaßnahmen auf die Lernwilligen abgewälzt, mit der Folge, dass immer weniger Menschen sich Weiterbildung leisten können. Dies trifft in verstärktem Maße Haushalte mit geringem Einkommen, was die soziale Selektion der anderen Bildungsbereiche fortsetzt und verschärft anstatt diese wenigstens teilweise auszugleichen.

Zudem führt die Unterfinanzierung der Weiterbildung bei den Beschäftigten in der Erwachsenenbildung zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse; Honorarsenkungen, fehlende soziale Absicherung und verbreitete untertarifliche Bezahlung sind an der Tagesordnung. Unter solchen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsbedingungen muss die Qualität der Bildungsarbeit Schaden nehmen.

Die weit fortgeschrittene Privatisierung bei den Bildungsträgern und die zunehmende Unterwerfung unter Marktgesetze widersprechen den Erfordernissen eines modernen öffentlichen Weiterbildungssektors, der allen Erwachsenen möglichst gebührenfreien Zugang zu Weiterbildung ermöglicht.

Gegen die Verengung der Ziele von Weiterbildung auf Anpassung an die Veränderungen des Arbeitsmarktes und der sog. Beschäftigungsfähigkeit treten wir ein für ein Recht auf Weiterbildung zur persönlichen und beruflichen Entfaltung ebenso wie zur kulturellen und politischen Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft.

Die Erwachsenenbildung und der zweite Bildungsweg sind zu stärken. Der Zugang zur Hochschule muss, auch ohne Abitur, berufsbegleitend möglich sein. Die Kürzungen bei den Volkshochschulen (VHS) sind zurückzunehmen. Das Bildungsurlaubsgesetz muss umgestaltet und aufgewertet werden.

DIE LINKE fordert:

- Erhöhung der Landeszuschüsse für die öffentlich anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung;
- ausreichende Finanzierung zur Erreichung tariflicher Standards und Abbau prekärer Beschäftigungsformen;
- ein Sofortprogramm zur Erhöhung und Verbesserung des Angebots für den zweiten Bildungsweg, die Alphabetisierung und Grundbildung;
- Ausbau und verbesserte Finanzierung des Bildungsurlaubs;
- die Landeszentrale für politische Bildung ist wiederherzustellen.

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit

Außerschulische Kinder- und Jugendarbeit muss an den subjektiven Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ansetzen und auf dieser Grundlage ihren objektiven Bedürfnissen nachkommen. Dazu gehört für jedes Individuum der Erwerb der Fähigkeit, seinen anerkannten Platz in der Gesellschaft zu finden und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Kinder- und jugendgerechte Angebote greifen dazu nicht nur aktuelle Probleme wie Jugendgewalt und Orientierungsschwierigkeiten auf, sondern fördern eine ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit. Sie setzen dabei an bei kreativen, sportlichen, sozialen und bildungsorientierten Interessen.

Die Mädchenarbeit ist kontinuierlich zu fördern.

Außerschulische Hilfen für Jugendliche müssen gestärkt werden, mehr Geld muss gerade heute in die außerschulische Jugendarbeit investiert werden.

Durch die Wiederherstellung einer kompetenten Fachberatung in einem neuen einheitlichen Landesjugendamt und mit einem Landesjugendhilfeausschuss soll dafür Unterstützung organisiert werden.

Die Auflösung des Landesjugendamtes ist rückgängig zu machen! Es ist mit regelmäßigen Mitteln und Personal auszustatten, das ihm ermöglicht, Kommunen und freien Trägern Unterstützung bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu leisten.

Steuer- und Finanzpolitik: Geld ist genug da.

Wachsendem Reichtum steht auch in Niedersachsen steigende Armut von immer mehr Menschen gegenüber. Die Schere geht immer weiter auseinander, auch zulasten der Lohnabhängigen insgesamt. Gäbe es heute noch denselben Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen wie 1980, hätten die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens ungefähr zwölf Milliarden Euro mehr in ihrer Tasche. Auch die Kommunen, die unseren unmittelbaren Lebensraum ausmachen, bekommen vom gesellschaftlichen Reichtum immer weniger ab, weil durch die zentral betriebene neoliberale Politik die Staatsquote sinkt und dadurch die öffentliche Infrastruktur gezielt dem Zerfall preisgegeben wird.

Seit jetzt gut zweieinhalb Jahrzehnten betreiben SPD und CDU zusammen mit FDP und Grünen in trauter Eintracht und wechselnden Rollen dieselbe Politik: Sie schenken Jahr für Jahr den Reichen und Wohlhabenden, den Unternehmern und Konzernen mit immer neuen Steuererleichterungen immer mehr Geld. Seit dieser Zeit sind die staatlichen Einnahmen aus Steuern von 58 Prozent auf 39 Prozent gesunken.

Diese Steuergeschenke für die Reichen führen zu Milliardenausfällen, die teilweise durch die Mehrwertsteuererhöhung ausgeglichen wurden. Der größere Teil ist aber nicht gegenfinanziert, sodass vor allem bei Land und Kommunen das Geld fehlt. Nun soll auch noch durch die Kapitalabschlagssteuer vom bisher gültigen Prinzip abgewichen werden, die Steuerpflichtigen nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gleich zu belasten. Bund und Länder schenken so den Vermögenden weitere Milliarden und haben erreicht, dass inzwischen Deutschland das Land mit der niedrigsten Effektivbesteuerung in der EU ist.

Das Finanzierungsloch, das so von CDU und SPD gegraben wird, ist gewollt und hat Methode. Denn wenn Krankenhäuser und Schulen dank leerer öffentlicher Kassen ausgehungert werden, werden die verzweifelt nach Behandlung für sich und Ausbildung für ihre Kinder strebenden Menschen in die Arme von Privatunternehmen getrieben, die aus ihrer Not klingende Münze schlagen. So werden neue Anlagemöglichkeiten für privates Kapital geschaffen, was bei den Privatisierungsparteien CDU/CSU, SPD und FDP und manchmal auch bei den GRÜNEN offenbar als das eigentliche Ziel staatlichen Handelns ausgemacht werden kann.

Die durch diese Politik notwendig entstehende Verschuldung öffentlicher Kassen erweist sich dann auch noch als weiteres Mittel der Umverteilung von unten nach oben, weil Jahr für Jahr Milliarden an Zinsen über die Banken an die weitergeleitet werden, die sich den Erwerb von Anleihen und Wertpapieren leisten können. Bei dieser Politik der Schaffung von immer mehr privatem Reichtum mit der gleichzeitigen Schaffung öffentlicher Armut war Niedersachsen mit der Regierung Wulff nicht etwa Opfer. Diese Regierung hat im Bundesrat die in die falsche Richtung umverteilende Steuerpolitik mitgetragen und sogar vorangetrieben.

Da das Steuerrecht zwischen den Ebenen Bund–Land–Kommune sehr eng verflochten ist, wird eine Landtagsfraktion der LINKEN auf eine andere Politik im Bundesrat

drängen und zum Beispiel eine Börsensteuer und die bundesweite **Wiedereinführung der Vermögenssteuer** fordern. Die Einnahmen aus der Vermögenssteuer stehen in vollem Umfang den Ländern zu.

Das gesamte Steueraufkommen muss so umgestaltet werden, dass die Reichen über Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer stärker belastet werden und die Länder und vor allem auch die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.

DIE LINKE wird aber auch neue Finanzquellen aufzeigen, die auf Landesebene unabhängig von der Zustimmung des Bundes erschlossen werden können:

■ **Steuerhinterziehung aufdecken:** Die Finanzämter müssen personell und finanziell so ausgestattet sein, dass Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt und stringenter verfolgt werden können. Das Personal für Großverdiener- und Betriebsprüfungen ist zu verdoppeln.

■ DIE LINKE wird einen Umdenkprozess fördern, damit Steuerhinterziehung zukünftig nicht mehr als Heldentat zählt.

■ Aufgrund der föderalen Struktur haben die Länder ein bislang nicht genutztes **Steuerfindungsrecht**. Sie können eine völlig neue Steuer ins Leben rufen. Dieses brachliegende Instrument landeseigener Steuern wollen wir nicht nur zur Stärkung des Landeshaushalts nutzen, sondern auch um Lohnempfänger, Rentner und den Mittelstand vor den nationalen und internationalen Großkonzernen zu schützen. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 13. 7.1965 deutlich gemacht, dass eine die Wirtschaft belastende Steuer durchaus den Mittelstandsschutz gewährleisten darf.

■ DIE LINKE will deshalb für den Handel eine **Verkausflächen-Steuer** einführen. Landesweit sollen alle Unternehmen nach der Verkaufsfläche ihrer Gebäude gleich besteuert werden, sofern diese 10000 Quadratmeter übersteigt. Das würde auch für Einkaufsketten mit vielen Filialen gelten, weil deren Flächen zusammengezählt würden. Mittelstand und inhabergeführte Geschäfte blieben verschont. Diese Steuer brächte nicht nur Geld in die Kasse des Landes, sie hätte auch eine sinnvolle Lenkungswirkung, weil der überbordende Flächenverbrauch von Einkaufszentren und Filialketten begrenzt würde.

■ DIE LINKE wird sich auch dafür einsetzen, an den richtigen Stellen **überflüssige Ausgaben einzusparen**, so zum Beispiel beim »Verfassungsschutz«, bei überflüssigen repräsentativen Ausgaben, dem Dienstwagenpark oder den unnötigen Zuschüssen für Einrichtungen wie die »Deutsche Management-Akademie«. Subventionen sind streng auf Mitnahmeeffekte zu überprüfen.

Alternative Energiepolitik

DIE LINKE will den Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Form der Energieerzeugung ist gefährlich und im Hinblick auf die ungelösten Endlagerprobleme für kommende Generationen unverantwortlich.

DIE LINKE fordert, dass der Wandel zu weniger Energieverbrauch und regenerativer Energieerzeugung in Niedersachsen vorangetrieben wird. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind allerdings so zu gestalten, dass untere Einkommensschichten nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden. Eine Steuerung des Energieverbrauchs allein über den Preis kann nicht funktionieren, weil so die notwendige Akzeptanz in allen Schichten der Bevölkerung nicht erzielt werden kann. Die Energiewende muss ökologisch und sozial zugleich sein!

DIE LINKE setzt auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, nachhaltige Technologien und eine möglichst dezentrale Energiegewinnung und -versorgung. Vorrangige Steuerungsinstrumente sind für uns Aufklärung, ordnungspolitische Maßnahmen und Förderprogramme.

Atomkraft, nein danke!

Die CDU/FDP-Landesregierung will Niedersachsen zum Atomklo der Bundesrepublik und Europas machen. In diesem Land befindet sich neben den drei Atomkraftwerken Grohnde, Emsland und Unterweser auch die Brennelementfabrik Lingen. Dazu kommen mit dem Schacht Asse II eines der beiden existierenden Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle (LAW und MAW) sowie mit Schacht Konrad und Gorleben zwei weitere potenzielle Endlagerstandorte.

SPD und GRÜNE haben die Atomkraftwerke nicht wie versprochen abgeschaltet, sondern durch den »Atomkonsens« ihre weitere Laufzeit für Jahrzehnte gesetzlich garantiert. CDU und FDP halten die Tür unseres Landes weit offen für den dabei anfallenden radioaktiven Müll – sogar die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle (HAW) aus anderen europäischen Ländern ist geplant.

Der Salzstock Gorleben wurde nach politischen und nicht nach geologischen Kriterien ausgewählt. Mit Schacht Konrad würde der Fehler, Atom Müll in ausgediente Bergwerke einzulagern, wiederholt.

Ministerpräsident Wulff (CDU) und seine Landesregierung betreiben eine hemmungslose Rückentwicklung in der Energiepolitik. Wulff und Umweltminister Sander (FDP) fordern eine schnelle Inbetriebnahme des Endlagers Salzgitter (Schacht Konrad) und die Fortsetzung der Erkundungsarbeiten in Gorleben immer wieder massiv ein. Sie üben auch noch Druck auf die Bundesregierung aus. Die vom Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagersuche (AKEnd) vorgeschlagene Vorgehensweise, auch andere Standorte zu untersuchen, wird bewusst ignoriert.

Ein katastrophales Beispiel niedersächsischer Endlagerpolitik ist das »Forschungsbergwerk« und Atommülllager Schacht Asse II im Landkreis Wolfenbüttel. Von 1968 bis 1978 wurden dort 125 000 Fässer schwach- und 1300 Fässer mittelradioaktiver Abfälle eingelagert. Die Aussage, das ehemalige Salzbergwerk sei ein

sicheres Endlager, widerlegte spätestens ab 1988 ein kontinuierlicher Zufluss von derzeit täglich zwölf Kubikmetern Salzlauge. Bleiben die radioaktiven Abfälle im Schacht, ist sicher, dass sie nach der Stilllegung in kürzester Zeit mit der Lauge in Kontakt kommen und Radionuklide in das Grundwasser und damit in den Biokreislauf gelangen.

Auch die grundsätzliche Renaissance der Atomenergie wird von Wulff und Sander immer wieder energisch gefordert. Sander scheute nicht einmal davor zurück, sich bei einem Besuch im Schacht Konrad pressewirksam ein T-Shirt mit dem Slogan »kerngesund« überzustreifen. Die niedersächsische Landesregierung fordert zudem auch noch deutliche Verlängerungen für die Laufzeiten der Atomkraftwerke. Besonders unrühmlich ist die Landespolitik im Bereich der Castor-Transporte. Elementare Grundrechte werden fortgesetzt missachtet und ausgeschaltet, obwohl eine Vielzahl von Gerichtsurteilen das Vorgehen der Polizei als rechtswidrig ausweist. Diese Rechtsverstöße müssen Konsequenzen haben.

DIE LINKE wird im Landtag folgende Ziele verfolgen:

- Wir fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie! Dabei gehen wir von einem Übergangszeitraum von maximal fünf Jahren aus. Daneben setzen wir uns für verstärkte Sicherheitskontrollen in den Atomkraftwerken ein. Die Vertuschung von Störfällen und falsche Informationen seitens der Betreiber zeigen immer wieder die Unzuverlässigkeit der Atomindustrie und die Schlampigkeit der Aufsichtsbehörden. DIE LINKE fordert in solchen Fällen die konsequente Anwendung des Atomgesetzes, also den Entzug der Betriebserlaubnis.
- Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke lehnen wir ab.
- Beim Ausstieg aus der Atomenergie muss für die dort Beschäftigten sowie für die DienstleisterInnen des Kraftwerks ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. Beim Rückbau der Atomanlagen sind sie vorrangig einzusetzen.
- Die Niedersächsische Landesregierung muss sich dafür stark machen, dass die Standorte Gorleben und Schacht Konrad fallengelassen werden, weil sie nach vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen ungeeignet sind. Es dürfen keine weiteren Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben stattfinden. Mit jedem neuen Transport wird das unsichere Zwischenlager in Gorleben gefährlicher und der gänzlich ungeeignete Salzstock als Endlager wirtschaftlich und politisch wahrscheinlicher.
- Die Entscheidung, ob getrennte Endlager für LAW/MAW und HAW eingerichtet werden, darf ausschließlich nach Sicherheitskriterien erfolgen. Politische Voraussetzung für eine Endlagerentscheidung ist die vorherige Abschaltung aller Atomanlagen. Ein Standort für ein Endlager muss gemäß den Kriterien des AKEnd gesucht werden. Dabei darf die Auswahl nicht auf das problematische Medium Salz beschränkt bleiben. Die Entscheidung muss den Aarhus-Kriterien der UN von 1998 für den Zugang zu Informationen, für die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Zugang zur gerichtlichen Kontrolle entsprechen.
- DIE LINKE fordert für Schacht Asse II: Die weitere Beurteilung muss nach Atomrecht und nicht nach Bergrecht erfolgen. Nur so gibt es eine umfassende,

verbindliche Beteiligung der Öffentlichkeit. Es muss unverzüglich eine gründliche Untersuchung eingeleitet werden, wie eine Rückholung der Abfälle aus dem Schacht Asse II möglich ist – insbesondere unter Standsicherheitserwägungen. Finanzielle Gründe dürfen hierbei keine Rolle spielen. Dazu müssen weitere, unabhängige GutachterInnen zur Erarbeitung des Stilllegungskonzepts hinzugezogen werden.

■ DIE LINKE wird sich für eine Bundesratsinitiative einsetzen mit dem Ziel, dass die Energiegiganten verpflichtet werden, die Gelder aus ihren zum Zwecke der Endlagerung gebildeten Rückstellungen komplett in öffentlich-rechtliche Fonds einzuzahlen und somit für die Endlagersuche zur Verfügung zu stellen.

Energiewende

In der niedersächsischen Regierungspolitik fehlt der Bereich Energiewende – hin zu erneuerbaren Energien. Für diesen Zweck werden Jahr für Jahr weniger Fördermittel eingesetzt – obwohl sie im Haushalt eingestellt sind und obwohl damit Abhängigkeiten in der Energieversorgung gemindert und gleichzeitig regionale Wertschöpfung durch dezentrale Kreisläufe gefördert würden. Zur Verfügung stehende Fördermittel der EU werden nicht ausgeschöpft.

Landeseigene Gebäude werden nicht als Standorte für Fotovoltaik-Anlagen angeboten. Die Energieverbräuche landeseigener Gebäude werden nicht systematisch erfasst. Die angekündigte Landesinitiative »Energieeinsparung« erschöpft sich im Umhertouren eines Energiesparmobils.

Defizitären Kommunen werden – auch gerade im energetischen Sinne – wichtige Sanierungsmaßnahmen, zum Beispiel an Schulen, über die Kommunalaufsichten und über sogenannte Zielvereinbarungen untersagt. Investitionen, wie überfällige Dämmmaßnahmen oder die Umstellung von Heizungen auf heimische Ressourcen wie Holzhackschnitzel, werden mittels Kreditversagungen nicht genehmigt, obwohl sie sich mittelfristig auch ökonomisch rechnen würden.

Eine unrühmliche Rolle spielte die Regierung Wulff auch bei den Gaspreiserhöhungen. Außer einer ergebnislosen Prüfung tat sie nichts, um die zahlreichen Preissteigerungen um mehr als zehn Prozent zu verhindern.

DIE LINKE fordert für Niedersachsen ein **Energiekonzept** mit folgenden Auflagen:

■ Landeseigene Gebäude sollen eine Vorreiterrolle bei Energiesparmaßnahmen spielen und für Fotovoltaik-Anlagen genutzt werden.

■ Kein Bau neuer Kohlekraftwerke.

■ Entwicklung und Bau von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung beziehungsweise Blockheizkraftwerken sowie Anlagen zur Nutzung der Erdwärme müssen unterstützt und gefördert werden. Die Nahwärmenutzung ist auszubauen.

■ Die Nutzung erneuerbarer Energien, wie Wind- (auch in Offshore-Windparks) und Solarenergie, Biomasse als Energieträger, von Biogasanlagen oder Holzschnitzelkraftwerken soll dezentral, ökologisch verträglich und im Einklang mit den Belangen der Bevölkerung ausgebaut werden. Die Kommunen sind bei entsprechenden Maßnahmen zu unterstützen.

■ Zur weiteren Ausarbeitung des Energiekonzepts, zur Initiierung der notwendigen landesweiten Kampagnen, zur Koordination der bestehenden Akteure sowie zur Unterstützung der Kommunen und anderer Institutionen bei der Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen wird eine Institution ähnlich der früher existierenden Niedersächsischen Energieagentur (wieder-)gegründet. Diese Agentur wird mit ausreichenden Mitteln ausgestattet, sodass eine effektive Arbeit, unabhängig von Finanzmitteln der Energiewirtschaft, gewährleistet ist.

■ Neue Hochspannungsleitungen müssen ökologisch verträglich unterirdisch verlegt werden.

■ Die Abhängigkeit von großen Energiekonzernen muss zugunsten dezentraler – insbesondere kommunaler und genossenschaftlicher – Versorger abgebaut werden. Staatliche Preiskontrolle: Ungerechtfertigte Energiepreiserhöhungen werden unterbunden.

■ Wir werden uns für eine umfassende Umweltbildung einsetzen.

DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine andere Politik im Bundesrat durchzusetzen. Sie wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Besteuerung von heimischem Biodiesel und Pflanzenöl zurückgenommen und endlich eine Besteuerung von Flugbenzin eingeführt wird.

In der Verkehrspolitik die ökologische mit der sozialen Frage verknüpfen

DIE LINKE will, dass alle Menschen, selbstbestimmt und ohne auf die Hilfe anderer angewiesen sein zu müssen, mobil sein können. Das muss auch für die gelten, die kein Auto besitzen oder in ländlichen Regionen leben, unabhängig davon, ob sie arm oder reich sind.

Mobilität ist für DIE LINKE ein Grundrecht und in modernen Gesellschaften unverzichtbar für die Teilnahme am öffentlichen und sozialen Leben. Mobilität ist nicht nur notwendig, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, sondern auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass jeder Mensch die verschiedenen kulturellen Angebote und Freizeitmöglichkeiten wahrnehmen kann. DIE LINKE will diese Ziele mit einem wirksamen Klimaschutz verbinden.

DIE LINKE will den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu einer echten Alternative zum Auto ausbauen. DIE LINKE bekämpft dabei jedoch nicht das Auto und auch nicht die Autofahrerinnen und die Autofahrer. Das Auto wird so lange das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel bleiben, wie der ÖPNV keine echte Alternative zum selbstgenutzten Auto darstellt. Dies gilt insbesondere in ländlichen Regionen.

Die niedersächsische Landesregierung hat verkehrspolitisch versagt. Sie will mit dem novellierten Nahverkehrsgesetz den Schienen-Personennahverkehr kaputtsparen. Sie hat sich im Bundesrat der Stimme enthalten, als Bund und Bundesrat im Frühjahr 2006 die Kürzung der Bahn-Regionalisierungsmittel vereinbart hatten.

Als Gegenleistung wurden die Länder an der Mehrwertsteuererhöhung beteiligt. Die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer übersteigen die Kürzungen aber um ein Vielfaches. Deshalb ist es ein Skandal, dass die Landesregierung die Kürzungen der Regionalisierungsmittel einfach an die regionalen Aufgabenträger durchgereicht und nicht wie andere Bundesländer ausgeglichen hat. So wurden 48 Millionen Euro weniger für den Nahverkehr ausgegeben. 2008 stehen sogar 66 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Die Konsequenz werden Fahrpreiserhöhungen und Streckenstilllegungen sein. PendlerInnen und anderen BahnfahrerInnen wird eine Ausdünnung der Takte zugemutet werden. DIE LINKE unterstützt die Volksinitiative, die die Landesregierung auffordert, die Kürzungen rückgängig zu machen.

Die Landesregierung wollte durch einen »Modellversuch« sogenannte Gigaliner, eine neue Generation noch größerer Lastwagen, auf niedersächsischen Straßen zulassen. Dies widerspricht nicht nur geltendem Bundesrecht. Es ist auch verkehrsgefährdend und verkehrspolitisch ein Irrsinn. Große Güter gehören auf die Schiene und nicht auf die Straße. Niedersachsen trägt bereits heute die Hauptlast des Güterverkehrs auf der Straße. Durch die Gigaliner werden die Straßen zusätzlich kaputtgefahren. Zudem müssten aus öffentlichen Mitteln zahlreiche Brücken verstärkt werden, weil die Gigaliner für normale Brücken zu schwer sind. Die Verkehrministerkonferenz hat im Oktober 2007 diesen Irrsinn vorerst gestoppt und damit auch den Pilotversuch in Niedersachsen beendet. Gleichwohl versucht der niedersächsische Wirtschaftsminister Hirche die Gigaliner über die europäische Ebene durchzusetzen. Das muss verhindert werden.

Die Osthannoverschen Eisenbahnen wurden von Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) privatisiert. Ein wichtiges Bahn- und Busunternehmen zwischen Elbe und Weser ist damit der öffentlichen Kontrolle entzogen worden.

DIE LINKE wird im Landtag für eine ganz andere Verkehrspolitik streiten:

- Sie will die Schiene stärken, das heißt eine Stärkung des Regionalverkehrs durch den erhöhten Einsatz von Landesmitteln. Die Kürzungen der Bundesmittel müssen ausgeglichen werden.
- Möglichst viele Güter müssen von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Das ist ökologisch vernünftig und schont die Straßen.
- Es gilt, ein landesweites Konzept für den schienen- wie für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr zu entwickeln, um die vagen Formulierungen der verkehrspolitischen Ziele im Nahverkehrsgesetz durch klare und eindeutige qualitative Mindeststandards zu ersetzen. Notwendig ist eine konsequente Ausrichtung des Nahverkehrs auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer. Deswegen ist eine angemessene Beteiligung der Fahrgastverbände an der Konzeptentwicklung sicherzustellen.
- Die sogenannten Gigaliner dürfen keine Genehmigung erhalten.
- Die Schienenkapazitäten müssen ausgebaut werden, um den Güterverkehr bewältigen zu können. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit der niedersächsischen Seehäfen ist eine leistungsfähige Hinterlandanbindung von besonderer Bedeutung. DIE LINKE lehnt deswegen den Bau der sogenannten Y-Trasse ab, weil durch sie weder für den Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven noch

für die bremsischen Seehäfen zusätzliche Transportkapazitäten bereitgestellt werden und zudem der Hamburger Hafen nicht angebunden wird.

■ Das bisherige Förderprogramm für Anschlussgleise ist finanziell weiter aufzustocken, um Industriestandorten die Möglichkeit einzuräumen, über die Schiene Transporte ab Werk durchzuführen. Das Land soll sich dafür einsetzen, dass schon stillgelegte Bahnstrecken nicht entwidmet und stattdessen wieder für den Schienenverkehr nutzbar gemacht werden. Hierzu wird DIE LINKE Gesetzesinitiativen ergreifen.

■ Der Ausbau der mittleren Elbe wäre ökologischer Frevel. Der Güterverkehr zu Wasser kann über die vorhandenen Kanäle abgewickelt werden.

■ Die Straßenplanungsämter des Landes und der Kommunen sollen zu Mobilitätszentren umgebaut werden, die alle Verkehrsträger gleichberechtigt in ihre Bauplanungen einbeziehen. Das Ziel muss sein, alle Verkehrsträger sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Dazu gehören attraktive Park&Ride-Angebote, Car-Sharing-Modelle, moderne Rufbussysteme und Sammeltaxen sowie Fuß- und Radwegenetze.

■ DIE LINKE fordert die Wiederinbetriebnahme von geschlossenen Bahnhöfen und den Bau neuer Haltestellen, um die Attraktivität der Bahn durch eine bessere Erreichbarkeit zu erhöhen. Außerdem ist eine Vernetzung von Eisenbahn und Straßenbahn sinnvoll.

■ DIE LINKE ist aktiv gegen Streckenstilllegungen, besonders in der Fläche. Sie fordert die Wiederinbetriebnahme länderübergreifender Bahnlinien.

■ Damit Busse und Bahnen auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar bleiben, setzt sich DIE LINKE für ein landesweites Sozialticket innerhalb der regionalen Verkehrsverbünde ein.

DIE LINKE wird sich bis auf wenige Ausnahmen dafür einsetzen, den Schwerpunkt auf die Erhaltung und Ertüchtigung bestehender Straßen zu legen. Der Neubau von Autobahnen ist in Niedersachsen nicht erforderlich. Dies gilt auch für die geplanten Vorhaben A 22 und A 39.

■ DIE LINKE will die kostenlose Schülerinnen- und Schülerbeförderung erhalten, die auch auf die gymnasiale Oberstufe und die Berufsschulen ausgedehnt werden soll. Dafür dürfen jedoch keine Regionalisierungsmittel verwendet werden.

■ VW soll ökologisch verträglichere Autos entwickeln. DIE LINKE wird darauf drängen, dass das Land als Anteilseigner an den VW-Werken seinen Einfluss geltend macht, damit dort Autos entwickelt werden, die weniger Abgase freisetzen und weniger Sprit verbrauchen.

Keine Privatisierung der Bahn!

DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine andere Verkehrspolitik im **Bundesrat** durchzusetzen. Sie wird sich insbesondere dafür einsetzen, eine Privatisierung der Bahn durch den geplanten Börsengang zu verhindern. Die Bahn muss auch deswegen im öffentlichen Eigentum bleiben, weil eine Privatisierung nur zu einer generellen Qualitätsverschlechterung, von der alle Reisenden im Nah- und Fernverkehr betroffen sind, sowie zu einer weiteren Reduzierung der verkehrlichen Anbindung des ländlichen Raums führen würde. Mit einer Bahn in Privatbesitz

verliert zudem der Bund seinen Einfluss auf ein wichtiges Steuerinstrument für eine nachhaltige Verkehrs- und Klimaschutzpolitik.

Der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven

Die Entscheidung für den Bau des Tiefwasser-Containerhafens Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven ist gefallen. Die Entscheidung wird sicherlich positive Auswirkungen für die Region Wilhelmshaven haben, die seit Schließung des Olympia-Werkes unter überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit leidet. Der Effekt für zusätzliche Arbeitsplätze wird aber sehr begrenzt sein, denn weltweit geht der Trend zum personallosen Containerumschlag. Das allseits gefeierte »Jahrhundert-Projekt«, das in Konkurrenz zu Rotterdam von immer größeren Containerschiffen angelaufen werden soll, wird aber auch hohe ökologische Folgeschäden für die Wattenmeerküste und das Hinterland mit sich bringen. Noch völlig ungelöst sind die Verkehrsprobleme, die in Niedersachsen entstehen werden. Die Planungen für den Jade-Weser-Port sehen vor, dass 70 Prozent des Containeraufkommens durch sogenannte Feeder-Schiffe seeseitig und 30 Prozent über Schiene und Straße in das Hinterland transportiert und verteilt werden. Das ist aber gegenwärtig störungsfrei nicht zu gewährleisten. So ist die Bahnverbindung auf der Strecke von Wilhelmshaven nach Oldenburg über die gesamte Strecke nicht elektrifiziert. Sie wird außerdem abschnittsweise eingleisig geführt. Hohe Lärmbelastigungen für die AnliegerInnen entlang der Strecke sind zu erwarten. Zudem überbieten sich verantwortliche PolitikerInnen und Behörden seit der Planung des Vorhabens in Missmanagement und Missachtung von Natur- und Umweltschutzrichtlinien, so dass der Baubeginn trotz erfolgtem Planfeststellungsbeschluss offen ist.

■ DIE LINKE wird darauf drängen, dass für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verstärkt das Wissen und die Kompetenz lokaler und regionaler Firmen und Unternehmen eingebunden werden. Es muss auch ein Angebot von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Management und ArbeitnehmerInnen ortsansässiger Betriebe geschaffen werden. DIE LINKE wird an der Seite der Gewerkschaften darauf achten, dass für die HafendarbeiterInnen und die anderen neuen Beschäftigten kein Lohndumping zugelassen wird.

■ DIE LINKE wird für einen ökologisch sinnvollen und zukunftsorientierten Güterverkehr streiten. Dazu gehört der Containertransport auf Schiene und Schiff. Die Modernisierung der Schienenwege und teilweise eine neue Streckenführung sind unter Beteiligung der EinwohnerInnen dringend erforderlich.

Der Cuxport in Cuxhaven

Der im Jahr 1997 fertiggestellte und in Betrieb genommene Cuxport an der Elbmündung in Cuxhaven hat seine Kapazitätsgrenze erreicht und muss dringend erweitert werden. Die Verlängerung des Cuxports ist nachgewiesenermaßen die kostengünstigste und umweltverträglichste norddeutsche Hafenbaumaßnahme am seeschifftiefen Wasser.

DIE LINKE setzt sich für die unverzügliche Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für die Erweiterung des Cuxports um drei Großschiffsliegeplätze am seeschifftiefen Wasser ein.

Keine weitere Elbvertiefung – sie ist nicht notwendig und gefährdet Mensch und Natur

Von den insgesamt 12540 Gesamtverkehren aller Vollcontainerschiffe von und nach Hamburg waren im vergangenen Jahr nur 348 tideabhängig, also im Durchschnitt nicht einmal ein Schiff pro Tag bzw. 2,8 Prozent aller Containerschiffe. Dieser Prozentsatz ist in den letzten drei Jahren konstant geblieben.

Trotzdem fordern die Bundesregierung und der Hamburger Senat eine weitere Vertiefung von Außen- und Unterelbe. Sie haben bereits das Planfeststellungsverfahren eingeleitet sowie 350 Millionen Euro Steuergelder bereitgestellt.

- DIE LINKE lehnt eine weitere Elbvertiefung ab, weil diese nicht erforderlich ist und unabsehbare Schäden anrichten kann.
- DIE LINKE setzt sich für ein ökonomisch und ökologisch abgestimmtes norddeutsches Hafenkonzept ein. Sie fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, das Einvernehmen zur geplanten Elbvertiefung zu versagen.

Im Einklang mit der Natur

DIE LINKE misst dem Schutz der Menschen und des natürlichen Lebensraumes eine große Bedeutung zu. Die nachhaltige Bewahrung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt ist eine zutiefst soziale Angelegenheit. Sie ist eine zentrale Säule von Gerechtigkeit, denn es sind die armen, benachteiligten Bevölkerungsschichten, die am meisten unter Luftverschmutzung, Lärm, ungesunder Nahrung und dem Preisanstieg knapper Ressourcen leiden. Natur- und Umweltzerstörung berauben künftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen. DIE LINKE setzt daher auf gesetzlich verankerte Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen, einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und eine umfassende Umweltbildung.

Seit dem Antritt der CDU/FDP-Regierung mit Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) findet in Niedersachsen keine Umweltpolitik mehr statt. Viele der umweltpolitischen Errungenschaften des Landes wurden abgeschafft. Diese Landesregierung ordnet Umweltbelange wirtschaftlichen Interessen und Lobbyismus unter. Sander ist der erste Umweltminister, der bereits bei seinem Amtsantritt öffentlich gefordert hat, die Umweltverwaltung schnellstmöglich aufzulösen.

Die Schließung des Landesamtes für Ökologie (NLÖ) und die Abschaffung der Bezirksregierungen haben hohe Kompetenz- und Effizienzverluste zur Folge. Umweltverwaltung findet nun – wenn überhaupt – auf verschiedenste Behörden verteilt statt, komplexe Umweltverwaltungs- und Genehmigungsverfahren unterliegen Verzögerungen und Qualitätseinbußen.

Auch die ehrenamtliche Arbeit wird behindert und BürgerInnenbeteiligung erschwert. Die finanzielle Förderung der vier größten Umweltverbände BUND, NABU, LBU und NVN wurde eingestellt, die Fördermittel für die Nationalparkhäuser empfindlich

gekürzt. Immer mehr Gelder aus der Umweltlotterie »Bingo« werden zum Stopfen von Haushaltslöchern zweckentfremdet. Die Bearbeitungsfristen für Stellungnahmen der Umweltverbände sind gekürzt worden, die Zusendung der Unterlagen erfolgt nur noch auf Anfrage. Es werden keine Aufforderungen zur Abgabe einer Stellungnahme mehr verschickt. Die ehrenamtlich tätigen BürgerInnen, die kostenlos ihre Fachkenntnisse einbringen, müssen also auch noch selbst darauf achten, dass sie rechtzeitig von wichtigen Genehmigungsverfahren Kenntnis erlangen.

Die Landesregierung betreibt keinen Naturschutz, sondern sie schützt die Agrarindustrie vor den Anforderungen des Naturschutzes. Die Ausweisung von Naturschutzgebieten und von Schutzflächen im Rahmen der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) wird vom Umweltministerium boykottiert. So riskiert die Landesregierung die Verhängung von Zwangsgeldern durch die EU. Zudem fehlen bis heute die gesetzlichen Grundlagen, die Einhaltung der FFH-Bestimmungen vor Ort einzuklagen. Auf den Aufkauf von Flächen durch das Land – selbst in Trinkwasserschutzgebieten – wird inzwischen weitgehend verzichtet. Der sogenannte »Höflichkeitserlass« regelt, dass bei allen notwendigen Untersuchungen im Vorfeld die betroffenen Grundeigentümer ermittelt und schriftlich benachrichtigt werden müssen. Das Naturschutzgesetz wurde mehrfach abgeschwächt.

Maßnahmen zum Hochwasserschutz erschöpfen sich im Deichbau und in der Abholzung von Auenwäldern, wo dann auch – wie im November 2006 – Minister Sander selbst die Kettensäge in die Hand nimmt. Die von der Bundesregierung geplante Einstellung der ackerbaulichen Nutzung von Überschwemmungsgebieten wird von Niedersachsen als »unnötig« attackiert. Anstrengungen von Kommunen, die dezentrale Versickerung von Niederschlagswasser wieder zu verbessern, werden nicht unterstützt und sind daher rückläufig.

Das Unternehmen Kali+Salz (K+S) will in Hessen Salzlauge in hoher Konzentration über eine Pipeline in die Werra einleiten. Die Ministerpräsidenten von Thüringen und Hessen ließen inzwischen verlauten, für eine Absenkung des Grenzwerts einzutreten. Umweltminister Sander hat sich zwar auch öffentlich gegen eine Erhöhung der Salzlast ausgesprochen, überlässt das Handeln aber seinen Kollegen in den direkt betroffenen Ländern. Ohne Gegenmaßnahmen jedoch würden Werra und Weser praktisch aufgegeben, sie würden über Jahrhunderte Salzwasserflüsse bleiben. Im Übrigen widerspricht dieses Vorgehen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.

Der Dioxinverseuchung des Elbvorlandes der mittleren Elbe ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Diese müssen existenzsichernd für betroffene Landwirte sein und die Kosten müssen gesamtgesellschaftlich getragen werden.

In Niedersachsen betreibt K+S auf dem Werksgelände Sigmundshall eine nicht ordnungsgemäß genehmigte Sondermülldeponie. Diese verseucht das Umfeld mit gesundheitsgefährdenden Stäuben. Zusammen mit den Abwässern des Kaliwerks und der Kalihalde versalzt sie das Grundwasser und die Leine. Ähnlich wie die Werra will K+S mit Genehmigung der Bergbehörde die Leine weiterhin und noch stärker mit Salzfrachten belasten.

Die Ems ist in manchen Monaten biologisch tot. Strömungsgeschwindigkeit und Schwebstoffkonzentration sind viel zu hoch. Anliegende Häfen haben unter einer

enormen Verschlickung zu leiden. Dies alles ist die Folge der ständigen Baggerungen und des Ausbaus des Flusses zur Überführung vieler großer Schiffe der Meyerwerft in Papenburg.

Bisher verfügt Niedersachsen über eine ausreichende Menge Trinkwasser, zum Teil in sehr guter Qualität. Die Sicherung der Wasserqualität kann nur regional erfolgen, durch Absprachen zur Flächennutzung, Aufkauf von Flächen in Wasserschutzgebieten durch die örtlichen Wasserversorger, Abkommen mit den im Einzugsbereich der Wasserwerke wirtschaftenden Bauern und durch Umweltschutzmaßnahmen.

Es geht nicht an, dass zum Beispiel sauberes Trinkwasser aus dem Harz bis nach Helmstedt oder Bremen transportiert werden muss, weil die ortsnahen Trinkwasservorräte belastet sind. DIE LINKE gibt deshalb der Sicherung von Wasservorräten Vorrang vor dem Bau von Trinkwasserfernleitungen.

Der Handel mit Wasser gilt weltweit als sehr lukrativ. Die großen Energiekonzerne wie Eon (u. a. Anteilseigner der Harzwasserwerke), Eurowater, Vivendi und andere haben begonnen, in großem Stil kommunale Wasserwerke aufzukaufen. Die Landesregierung befürwortet die Privatisierung der Trinkwasserversorgung als angeblich »ökonomisch und technisch sinnvoll«. Obwohl sich selbst die kommunalen Spitzenverbände dagegen ausgesprochen haben, hält die Landesregierung an dem Vorhaben fest, durch eine Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes eine Privatisierung der Abwasserentsorgung, eines weiteren Teils der öffentlichen Daseinsvorsorge, zu ermöglichen.

Auch die Abfallwirtschaft soll nach dem Willen der Wulff-Regierung privatisiert werden. Ein Landtagsbeschluss verpflichtet die Landesregierung, »die niedersächsischen Kommunen bei der Entscheidungsfindung für die Einbeziehung von privaten Unternehmen in die Hausmüllentsorgung zu unterstützen« und sich auf Bundesebene für eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes einzusetzen mit dem Ziel, die Privatisierung zu ermöglichen. Von Initiativen zur Abfallvermeidung, der energiearmen Kryo-Technik zur Abfallverwertung bzw. zum Umstieg auf eine dezentrale Abfallbeseitigung durch umweltfreundlichere Technologien wie mechanisch-biologische Anlagen kann keine Rede sein. Letztere werden in offiziellen Stellungnahmen von Minister Sander als angeblich minderwertige Technologien abgetan.

Die niedersächsische Landesregierung polemisiert gegen die EU-Gesetzgebung im Umweltbereich, so auch gegen die Feinstaub-Richtlinie, mit der die Gesundheit insbesondere von Kindern gegen krebserregende Kleinpartikel geschützt werden soll. Wirksame Maßnahmen gegen den Feinstaub werden durch Sander und seinen für den Verkehr zuständigen Partei- und Ministerkollegen Walter Hirche geblockt. Die Zuständigkeit für Aktionspläne gegen Feinstaub wurde vom Land auf die Kommunen übertragen. So stiehlt sich das Land aus der Verantwortung.

DIE LINKE fordert:

- Niedersachsen muss ein Landesamt für Ökologie erhalten. Auch regional ist eine effiziente Umweltverwaltung aufzubauen.
- Ehrenamtlicher Arbeit zum Schutz von Natur und Umwelt gebührt höchste Anerkennung, sie soll unterstützt und finanziell angemessen gefördert werden.

- Die EU-Vorgaben zum Schutz von Mensch und Umwelt sind zügig umzusetzen. Dies gilt insbesondere im Feinstaubbereich!
- Neue Naturschutz- und Vogelschutzgebiete sollen ausgewiesen werden. Um Flächen zum Natur- oder Trinkwasserschutz aufzukaufen, sind im Haushalt Mittel bereitzustellen. Kontrollen zum Beispiel des Pestizideinsatzes müssen unangekündigt durchgeführt werden.
- Möglichst große Teile unserer Flussläufe sollen renaturiert werden, zusätzliche Überschwemmungsgebiete sind auszuweisen. Baumaßnahmen in Überschwemmungsgebieten werden gesetzlich verhindert.
- Das Niedersächsische Naturschutzgesetz (NNnatG) soll im Sinne einer ökologisch sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik überarbeitet werden. Dabei werden der Rahmen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und die Vorgaben des Europäischen Umweltrechts voll ausgeschöpft. Insbesondere Hecken, Feldhecken und Feldgehölze und sogenannte Bioverbundsysteme sollen streng geschützt und gezielt weiterentwickelt werden. Weiter sind als geschützte Landschaftselemente aufzunehmen: uferbegleitende natürliche oder naturnahe Vegetation, Feldraine, Streuobstbestände, Weiher, Tümpel und andere Kleingewässer.
- Die Zerstörung der Ems durch weitere Baggerungen und Eingriffe am Flussbett darf nicht fortgesetzt werden. Beim Bau noch größerer Schiffe sind andere Lösungen zu suchen, wie z.B. der hallengefertigte Segmentbau, Zusammenbau der Teile bevorzugt in Emden. Darüber hinaus sind sofort alle Maßnahmen und Vorhaben, die zur weiteren Verschlechterung der Situation führen, zu unterlassen und die Renaturierung der Ems einzuleiten.
- In Abstimmung mit Thüringen und Hessen soll der Chlorid-Grenzwert für die Werra stufenweise entsprechend den Fristen und Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie gesenkt werden, bis ein natürlicher Zustand erreicht ist.
- Es darf keine Privatisierung in Bereichen der Daseinsvorsorge stattfinden. Besonders schützenswert sind so sensible Bereiche wie Trinkwasser, Abwasser- und Abfallbeseitigung.
- Es dürfen keine weiteren Müllverbrennungskapazitäten geschaffen werden. Abfallvermeidung und umweltverträgliche Alternativen zur Müllentsorgung, wie zum Beispiel verbesserte Abfalltrennungskonzepte oder der Bau von mechanisch-biologischen Anlagen zur Abfallbehandlung, müssen gefördert werden.
- Die Vollzugsdefizite im Umweltbereich müssen schleunigst abgebaut werden.

Ländlicher Raum – neue Entwicklungen für die Landwirtschaft

60 Prozent der Fläche in Niedersachsen wird landwirtschaftlich und 20 Prozent waldbwirtschaftlich genutzt. Land- und Forstwirtschaft haben daher für die Landespolitik einen hohen Stellenwert. Kam 1950 noch ein Landwirt auf zehn Menschen, so ernährt heute ein Landwirt 120 Menschen. Diese enorme Produktivitätssteigerung hat ihren Preis – aus Bauernhöfen sind vielerorts Agrarfabriken, aus gegliederten Landschaften oft leereräumte Flächen geworden, auf denen mit Spritzgiften alles ökonomisch nicht verwertbare Leben vernichtet wird. Viele ländliche Gebiete in Niedersachsen sind angesichts abnehmender Bevölkerungszahl und stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung zunehmend mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert.

In den letzten Jahren wurden besonders die kleineren Höfe extrem benachteiligt, sie werden teilweise von der Vergünstigung von Dieselkraftstoff ausgeschlossen (Selbstbehalt), sie zahlen einen im Verhältnis ungleich höheren Beitrag zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung, sie bekommen weniger für ihre Milch (Tankstopp, Aufschläge der Milchwirtschaft für Jahresmengen über 500 000 kg Milch) und müssen für geringere Bestellmengen einen höheren Einkaufspreis zahlen.

Der trockene Frühling 2007 machte die Folgen eines kommenden Klimawandels sichtbar. Die Trockenheit durch ausbleibenden Regen stellte ein enormes Problem für die Bäuerinnen und Bauern dar. Angesichts der zunehmenden Probleme infolge von Klimawandel, Artensterben und sozialem Strukturwandel hätte auch Landwirtschaftsminister Ehlen eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Struktur in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen müssen.

Der Raubbau an der Natur schreitet in der Landwirtschaft weiter voran, Mais- und Rapsfelder mit fehlenden Fruchtfolgen prägen das Landschaftsbild. Güllegestank aus Massentierhaltungen senkt die Luftqualität und damit auch die Möglichkeiten des sanften Tourismus, eines der neuen Erwerbszweige ländlicher Gebiete.

Durch die wachsende Produktion von Biodiesel, Bioethanol werden in Niedersachsen immer mehr landwirtschaftliche Flächen für die Bioenergieproduktion in Anspruch genommen. Doch ein zu hoher Flächeneinsatz für die Bioenergieproduktion ist landwirtschaftlich kurzfristig und ernährungspolitisch gefährlich. Der zunehmende Anbau von Energiemais birgt erhebliche ökologische Risiken und hat negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Zur regenerativen Energiegewinnung sollten vor allem überschüssige Gülle und ohnehin anfallende pflanzliche Abfälle genutzt werden.

Die Landesregierung will Niedersachsen zu einem führenden Forschungsstandort auf dem Gebiet der »grünen Gentechnik« ausbauen und fördert die Entwicklung durch die Firma Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS) mit 600 000 Euro. Sie setzt sich im Bundesrat für eine Abschwächung der Haftungsregeln für den Freilandanbau genmanipulierter Pflanzen ein. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Verzehr gentechnisch veränderter Nahrungsmittel ab. Außerdem sind die Auswirkungen

eines solchen Anbaus auf andere Organismen nicht abschätzbar. Der Einsatz gentechnisch veränderten Saatgutes erhöht zudem die Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Saatgutkonzernen.

Es geht besser

Eine nachhaltige, auf den Ressourcen ländlicher Regionen basierende Entwicklung bietet Auswege aus einem Kreislauf steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensqualität und Abwanderung.

DIE LINKE streitet für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit.

DIE LINKE hält eine Koexistenz von »grüner Gentechnik« und konventioneller Landwirtschaft für unmöglich.

Landwirtinnen und Landwirte sind vielfältige DienstleisterInnen für die Gesellschaft. Sie schaffen nicht nur Lebensmittel, sondern leisten auch Beiträge zur Kulturlandschaftspflege, zu Umweltschutz und Tourismus. In dieser Verantwortung müssen sie unterstützt werden, ideell wie finanziell.

Regionen fördern und Bio für alle

Die (Bio-)Produktion von Nahrungsmitteln ist ein ökologisch wertvolles und sichereres Standbein der Landwirtschaft, das es zu fördern gilt. Jeder Mensch – weltweit –, unabhängig vom Einkommen, hat das Recht auf schadstoffarme und nährstoffreiche Nahrung. Agrarindustriell erzeugte Nahrung und die Verarbeitung unter massiver Zuhilfenahme verschiedenster Zusatzstoffe kann dieses nicht leisten.

Daher fordert DIE LINKE:

- Bei Aufrechterhaltung eines hohen Qualitätsniveaus wollen wir eine Landwirtschaft, die nachhaltiger ist und unsere Natur für die Nachkommen bewahrt. Deshalb wollen wir die Förderung ökologischer Landwirtschaft durch ein entsprechend umorganisiertes neues Landwirtschaftsministerium, das eng mit dem Umweltministerium zusammenarbeitet.
- Umweltgerechte regionale Wirtschaftskreisläufe sind weiter auszubauen.
- Landeseigene Einrichtungen, wie zum Beispiel Landeskrankenhäuser, Mensen, Finanzämter oder Arbeitsagenturen, müssen mit eigenen Küchen ausgestattet werden und sie sollen bevorzugt Produkte aus der Region verarbeiten.
- Der Ausbau der ökologischen Land- und Waldbewirtschaftung und die Förderung eines deutschland- und europaweiten Schutzgebietssystems zur Erhaltung der Artenvielfalt muss vorangetrieben werden.
- Der Einsatz gentechnisch veränderten Saatguts auf Freiflächen in Niedersachsen ist zu verbieten. Das Kataster über bisherige Versuchsflächen muss veröffentlicht werden.
- Jede quälerrische Nutztierhaltung, insbesondere die nicht artgerechte Massentierhaltung, muss verboten werden. Antibiotikahaltige Masthilfen sind zu verbieten.

Die veterinärärztliche Überwachung von Großmastbetrieben ist konsequent durchzusetzen.

- Das Tierschutzgesetz ist konsequent durchzusetzen und zu verbessern.
- Durch Gesetz und eine neue Subventionsstrategie ist die Bildung genossenschaftlicher Eigentumsformen in der Landwirtschaft zu fördern.
- Infrastrukturmaßnahmen für die ländlichen Regionen und regelmäßige beziehungsweise punktuelle Subventionen für die Landwirtschaft sind an den nachhaltigen Schutz der Landschaftselemente beziehungsweise die Einhaltung der Naturschutzbestimmungen und an die aktive Erfüllung von Naturschutzaufgaben zu knüpfen.
- Das Sozialministerium muss die landwirtschaftlichen Sozialsysteme neu gestalten, sodass die Beiträge endlich an dem tatsächlichen Einkommen der Bäuerinnen und Bauern bemessen werden.

Bio macht Energie

Durch die wachsende Produktion von Biodiesel und Bioethanol werden in Niedersachsen immer mehr landwirtschaftliche Flächen für die Bioenergieproduktion in Anspruch genommen. Niedersachsen hat mit einer installierten elektrischen Leistung von ca. 300 Megawatt die Spitzenposition bei der Bioenergienutzung in Deutschland und Europa inne. Bisher werden in Niedersachsen etwa acht Prozent der Ackerflächen für die Produktion von Energiepflanzen benötigt.

Lokale Biogasgewinnung aus landwirtschaftlichen Reststoffen ist sehr sinnvoll, intensive Monokulturen zur Fütterung von Autos und Groß-Biogasanlagen sind es nicht. Bäuerliche Betriebe mit Viehhaltung, die eine Biogasanlage in ihren Betrieb integrieren, sind ökologisch im Vorteil. Wer Gülle energetisch nutzt, statt sie vor dem Ausbringen nur zu lagern, verringert Emissionen und kann fossil erzeugten Strom sparen.

DIE LINKE fordert:

- Ökologische Mindeststandards sind einzuführen, damit der Anbau von Energiepflanzen nicht zulasten von Natur und Umwelt erfolgt. Alternativen zum Mais, wie Mischkulturen mit Sonnenblumen, Leindotter oder Luzerne, stehen bereits jetzt zur Verfügung und müssten allein schon aus Gründen eines Risikoausgleichs infolge des Klimawandels verstärkt genutzt werden.
- Bei der anstehenden Überprüfung der Förderbedingungen im Rahmen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes dürfen die ökologischen Auswirkungen nicht länger ignoriert werden. Insbesondere die weltweite Energiegewinnung aus Biomasse hat neben den ökologischen auch erhebliche soziale Auswirkungen, insbesondere für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Importiert werden soll vorrangig Biomasse aus Reststoffen der Nahrungsmittelproduktion.

Innenpolitik: Mehr Demokratie statt Überwachungsstaat

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«. So bestimmt es Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Die wenigsten Menschen empfinden diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Eine immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung macht deutlich, wie gering die Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner an positive politische Veränderungen sind. Das kann sich nur ändern, wenn die Menschen an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zu hoch sind die Hürden für Mit-sprachemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger bei Volksentscheiden und Einwohnerbegehren.

Demokratisierung der Verwaltung

Bürokratische Regelungen in der Niedersächsischen Gemeindeordnung verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger über die Fragen abstimmen dürfen, die sie bewegen, z. B. über Bauleitpläne oder Vorhaben, die mit Planfeststellungsverfahren verbunden sind.

Verwaltungsreform hieß für die verschiedenen Landesregierungen in der Vergangenheit immer nur eines: Personalabbau und Arbeitsverdichtung. Letztlich bedeutete dies weniger Bürgernähe und weniger Motivation der Beschäftigten.

DIE LINKE will einen anderen Weg beschreiten. Eine einwohnerInnenfreundliche Verwaltung muss unter nachvollziehbaren Kriterien ihre Aufgaben erledigen. Dies kann sie nur tun mit dem dafür nötigen Personal. Bestehende Hierarchien sollten abgebaut werden und die Entscheidungsebene weiter nach unten verlagert werden.

Die Abschaffung der Bezirksregierungen durch die Landesregierung hat nicht zu mehr Demokratie geführt. Entscheidungsstrukturen wurden zentralisiert oder Regionen, Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen, ohne die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Die Landesregierung hat mit der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens die Möglichkeiten der EinwohnerInnen Niedersachsens verkürzt, Verwaltungsentscheidungen überprüfen zu lassen. Jetzt kann nur noch mit hohem Kostenrisiko geklagt werden. Dies tun trotzdem nicht wenige. So werden auch noch die Verwaltungsgerichte zusätzlich belastet.

Die amtierende Landesregierung hat die Mitbestimmung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weiter abgebaut und die Demotivierung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weiter vorangetrieben.

DIE LINKE setzt sich für folgende Ziele ein:

- Die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) und die Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) sind dahingehend zu ändern, dass der Verwaltungs- und Kreisausschuss abgeschafft wird, weil er nicht öffentlich tagt und seine Beratungsgegenstände fast immer in den Fachausschüssen schon behandelt worden sind. Seine eigenen Kompetenzen sollten auf die gewählten Räte übergehen.

- Das demokratischere Hare-Niemeyer-Auszählverfahren wollen wir beibehalten und in allen Bereichen angewendet wissen.
- Die Einführung von kommunalen Beteiligungshaushalten wird von uns unterstützt.
- Wir wollen die alten Bezirksregierungen, die keine direkte parlamentarische Kontrolle hatten, nicht wieder herstellen. Stattdessen fordert DIE LINKE, so weit wie irgend möglich die Kompetenzen zu dezentralisieren, damit die EntscheidungsträgerInnen vor Ort agieren. Dies muss aber unter der zwingenden Voraussetzung geschehen, dass die kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen Finanzen ausgestattet werden, damit sie die neuen Aufgaben auch bewältigen können.
- DIE LINKE lehnt eine Neuordnung der niedersächsischen Kommunalstrukturen ab. Die vorgeschlagene Zusammenlegung der 37 Kreise und kreisfreien Städte zu zehn Regionen verhindert EinwohnerInnennähe der kommunalen Politik. Sie würde der Struktur des Landes Niedersachsen nicht gerecht.
- Die LINKE will die Mitsprachemöglichkeiten der EinwohnerInnen in Form von Volksentscheiden stärken. Einwohnerentscheide müssen auch für Bauleit- und Planfeststellungsverfahren gelten.
- Die rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite Volksabstimmungen sind zu senken.
- Das Widerspruchsverfahren muss wieder eingeführt werden, um Verwaltungsentscheidungen kostengünstig überprüfen lassen zu können.
- DIE LINKE fordert die Verkürzung der Amtszeit für OberbürgermeisterInnen und LandrätInnen – wie früher – auf fünf Jahre.
- Das Wahlalter zur Landtagswahl soll auf 16 Jahre abgesenkt werden.
- DIE LINKE fordert das Wahlrecht für alle AusländerInnen zu allgemeinen Wahlen nach den gleichen Voraussetzungen wie für EU-AusländerInnen bei Kommunal- und Europawahlen.

Linke Politik in den Regionen

Soziale Landespolitik in Zusammenarbeit mit Bremen und Hamburg ist notwendig. Niedersachsen hat starke Regionen. In der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen arbeiten, lernen und wohnen die Menschen innerhalb des Bundeslandes Niedersachsen zusammen.

In den Metropolregionen Bremen-Oldenburg und Hamburg ist das anders. Für viele Menschen dort ist die tägliche Reise über die Landesgrenze selbstverständlich. Der politische Grenzübergang dagegen ist nicht so selbstverständlich. Projekte mit regionaler Ausstrahlung werden oft unzureichend miteinander abgestimmt. Die Folgen für die Menschen sind dann ungerecht, wenn Kosten und Nutzen für Einwohnerinnen und Einwohner ungleich verteilt sind.

Die soziale Landespolitik der LINKEN will erreichen:

- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Bremen sowie Niedersachsen und Hamburg für die Verbesserung der sozialen und kulturellen

Lage der Menschen. Die bestehenden gemeinsamen Einrichtungen (Gemeinsame Landesplanung, Kommunalverbund, Metropolregionen usw.) dürfen nicht überwiegend auf die wirtschaftlichen und Infrastrukturfragen gerichtet sein.

- Schaffung einer gemeinsamen, demokratisch kontrollierten Landesplanung von unten.
- Gemeinsame länderübergreifende Planungen und Beschlüsse zur Verbesserung des Zusammenlebens der Menschen in den Regionen z. B. durch länderübergreifende Initiativen in Sachen Bildung, Kultur und Arbeitsmarkt.

Linke Fraktionen im Niedersächsischen Landtag, in der Bremischen Bürgerschaft und der Hamburger Bürgerschaft werden gemeinsame Initiativen starten für eine soziale und gerechte Politik in den Metropolregionen.

»Innere Sicherheit«

Die Debatte um die »Innere Sicherheit« ist immer mehr geprägt von Schlagwörtern wie allgemeiner Terrorverdacht, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff, genetischer Fingerabdruck, elektronische Fußfessel, verdachtsunabhängige Kontrolle, »Warnschussarrest« und vieles mehr. Es ist aber nicht Aufgabe der Innenpolitik, die Menschen zu bespitzeln und jeden Menschen unter Verdacht zu stellen. Es ist Aufgabe der Politik, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auch und vor allem vor staatlichen Übergriffen.

Das Problem der öffentlichen Sicherheit ist in erster Linie eine soziale Frage. Kriminalität muss an ihren Ursachen bekämpft werden. Eine Politik öffentlicher Sicherheit beginnt deshalb für DIE LINKE mit der Vorbeugung gegen Straftaten.

Alltägliche Gewalt oder Eigentumsdelikte wachsen oft in sogenannten »sozialen Brennpunkten«, in denen Armut, Erwerbslosigkeit und mangelnde Integration von Menschen mit Migrationshintergrund geballt auftreten. Wenn in diesen Bereichen auch noch an Planstellen für SozialarbeiterInnen, an Sprachkursen, Beratungs- und Hilfeangeboten gespart wird, dann ist ansteigende Kriminalität nicht verwunderlich.

DIE LINKE wendet sich dagegen, öffentliche Sicherheit mit der Einschränkung von Freiheitsrechten herstellen zu wollen.

Innenminister Schönemann gefällt sich in der Rolle des Vorreiters bei der Einführung weitgehender Telefonüberwachung. 2005 ist die von ihm vorgebrachte Regelung vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Der Innenminister zeigt sich aber als unbelehrbar und will ein nur wenig geändertes Gesetz auf den Weg bringen.

Rasterfahndungen und Videoüberwachungen öffentlicher Straßen und Plätze sind genauso ausgeweitet worden wie der nicht hinreichend kontrollierte Einsatz privater »Sicherheitsdienste«.

Neuerdings wird sogar die Frage diskutiert, ob es – etwa im Kampf gegen den Terrorismus – den Strafverfolgungsbehörden erlaubt sein soll, Folter einzusetzen.

Unter der CDU-FDP-Regierung gab es keine Initiativen, das Polizeirecht im Sinne der BürgerInnenrechte zu demokratisieren.

Der Verfassungsschutz schützt nicht die Verfassung. Häufig beschädigt er sie sogar. Das Verbotsverfahren gegen die NPD ist gescheitert, weil Teile der rechtsextremistischen Strukturen nur durch Verfassungsschutzspitzel existieren konnten. Auf der anderen Seite werden fortschrittliche politische Organisationen vom Verfassungsschutz bespitzelt. Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes ist nicht öffentlich und daher nicht effektiv. Der Verfassungsschutz sollte deshalb abgeschafft werden. Der beste Schutz der Verfassung ist es, wenn demokratische Strukturen weiterentwickelt und gestärkt werden. Der beste Verfassungsschützer ist das Volk.

DIE LINKE setzt sich im Landtag für folgende Initiativen ein:

- Das Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) muss reformiert werden. Polizeiliche Maßnahmen wie Einsperren ohne Urteil (»Gewahrsam«), Platzverweis und Aufenthaltsverbot müssen gesetzlich schärfer beschränkt werden, um die Bürgerrechte zu wahren.
- Die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen muss verboten werden.
- Die Rasterfahndung muss ebenfalls verboten werden.
- Auflösung der Verfassungsschutzbehörde als geheimdienstliche Institution. Die Polizei muss in jedem Fall von den Geheimdiensten scharf getrennt sein.
- Wir stehen an der Seite der Gewerkschaft der Polizei, die zu Recht auf unhaltbare Arbeitszustände für die Polizisten unseres Landes hinweist.
- Wir treten für eine Polizeireform ein, die diesen Namen auch verdient und die für mehr EinwohnerInnenfreundlichkeit und Transparenz sorgt. Dazu gehört auch, dass die Polizistinnen und Polizisten dauerhaft ein Namensschild tragen, damit sie für die BürgerInnen eine Identität haben. Die Weiterbildung der Polizei muss verstärkt werden, vor allem in Fragen von Deeskalationsverhalten sowie zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.
- DIE LINKE setzt auf Beratungs- und Hilfsangebote der Sozialarbeit und auf eine Personalentwicklung, die sich verstärkt um PolizeianwärterInnen aus den Migrationsgruppen bemüht.
- Wir lehnen »Bürgerwehren« und »Schwarze Sheriffs« ab.
- DIE LINKE streitet entschieden gegen jede Lockerung des Folterverbots. Folter ist und bleibt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
- Wir fordern, einen Menschenrechtsausschuss im Landtag einzurichten.
- Eine an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle soll mögliche Rechtsverletzungen der Polizei überprüfen. Die Beschwerdestelle soll umfassende Rechte haben, Akten einzusehen und eigene Ermittlungen zu führen, und Zugang zu Dienststellen haben. Ihre Arbeitsergebnisse sind bei Verdacht von Rechtsverletzungen an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Die Beschwerdestelle kann lokale Anlaufstellen einrichten.
- Nutzung der nach der niedersächsischen Verfassung bestehenden Möglichkeiten einer Anklage von Regierungsmitgliedern durch den Staatsgerichtshof (die noch amtierende Regierung hat mehrfach die Verfassung gebrochen).

Justiz modernisieren

Die niedersächsische Justiz leidet unter einer Politik der bisherigen Landesregierung, die mit dem Rechtsstaat auf Kriegsfuß steht. Nachdem das Bundesverfassungsgericht der CDU/FDP-Landesregierung in Hannover bereits attestierte, dass ihr Polizeigesetz verfassungswidrig war, will die Landesregierung nun durch eine Bundesratsinitiative die Prozesskostenhilfe faktisch abschaffen und so Erscheinungsformen von Klassenjustiz zulasten der Schwächsten zementieren. Gleichzeitig verzichten schon jetzt immer mehr Menschen auf eine Wahrnehmung ihrer Rechte. Die Justiz wurde weiter zentralisiert. In der Arbeitsgerichtsbarkeit wurden schon unter der Vorgängerregierung die sog. »Gerichtstage« an abgelegenen Orten abgeschafft und auch auf diese Weise die Zuwegung zur Justiz für die BürgerInnen erschwert.

Rechtsstaat ist nicht als Billigprodukt zu haben. Für die gegenwärtige schlechte personelle Ausstattung der Justiz ist die CDU-FDP-Landesregierung verantwortlich.

DIE LINKE Niedersachsen setzt sich dafür ein:

- Im gesamten Justizbereich ist mehr Personal einzustellen.
- Um die Gerichte zu entlasten, die sich in immer stärkerem Maß mit Bagatelldelikten beschäftigen müssen, wollen wir die Streitschlichtung weiter ausbauen und die Verfahren bei Bagatelldelikten vereinfachen.
- Wir wenden uns gegen den Bau neuer Haftanstalten, weil diese nicht erforderlich sind. Untersuchungshaftzeiten könnten verkürzt werden, wenn die Strafjustiz personell besser ausgestattet wäre und dadurch die Verfahrensdauer verkürzt würde. Ersatzfreiheitsstrafen könnten viel häufiger in gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll wesentlich öfter angewandt und der offene Vollzug ausgeweitet werden. Verbesserung der Prävention und die Liberalisierung des Umgangs mit weichen Drogen würde ebenfalls die Gefängnisse entlasten.
- Die ärztlich kontrollierte Abgabe von Heroin unterstützen wir. Damit wird die Beschaffungskriminalität zurückgedrängt. Wesentlich stärker als bislang müssen Vereine unterstützt werden, die sich um eine Resozialisierung von entlassenen Strafgefangenen bemühen.
- Eine Privatisierung des Strafvollzugs lehnen wir ab.
- Resozialisierung von Straftätern muss Ziel des Strafvollzugs sein.
- In den Haftanstalten müssen die Ausbildungsmöglichkeiten verbessert werden.
- Vor allem im Jugendstrafvollzug müssen mehr SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen eingesetzt werden.
- Die Besuchsrechte im Strafvollzug sind auszuweiten.
- DIE LINKE wendet sich gegen die Einführung von Sozialgerichtsgebühren.
- Bei der Bestellung der ehrenamtlichen RichterInnen bei den Sozialgerichten sind auch Erwerblose zu berücksichtigen.

- Berücksichtigung der Erwerbslosen bei der Bestellung der ehrenamtlichen Richterstellen bei den Sozialgerichten.
- Sofortiger Stopp der Gesetzgebungsinitiative zur faktischen Abschaffung der Prozesskostenhilfe.
- Massiver Ausbau von öffentlichen Rechtsberatungszentren, Unterstützung von privaten Rechtshilfeprojekten für sozial schwache Teile der Bevölkerung.
- Dezentralisierung und Bürgernähe der Justiz: Wiedereinführung von Gerichtstagen in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sowie in anderen Zweigen der ordentlichen Gerichtsbarkeit.
- Reform der Juristenausbildung (generelle Einführung der einstufigen JuristInnen-ausbildung).
- Wiedereinführung einer kostenfreien Widerspruchsinstanz in allen öffentlichen Verwaltungen.

Datenschutz

Grundlage des Datenschutzes ist die informationelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten passiert. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und elektronischer Datenverarbeitung wird der Datenschutz immer wichtiger.

Die gegenwärtige Rechtslage setzt zwar der Daten-Sammelwut gewisse Grenzen, aber längst nicht im notwendigen Umfang. Die Arbeit des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten wird mehr behindert als gefördert.

DIE LINKE Niedersachsen setzt sich dafür ein:

- Datenschutz soll Staatsziel in der Landesverfassung werden.
- Das Datenschutzgesetz soll auf alle Bereiche öffentlicher Verwaltung ausgeweitet werden.
- Der/die Datenschutzbeauftragte und seine/ihre Arbeitsmöglichkeiten sollen personell und finanziell aufgewertet werden.
- In Niedersachsen soll ein regierungsunabhängiges Landeszentrum für Datenschutz eingerichtet werden.
- Die verschlüsselte Kommunikation im Internet zur Wahrung der Privatsphäre soll gefördert werden.

Schutz gegen Mobbing

Mobbing, also Schikane, Intrige, Psychoterror und andere persönlichkeitsverletzende Handlungen in Organisationen, insbesondere am Arbeitsplatz und in Schulen, betreffen einen großen Teil der Bevölkerung. Mobbing am Arbeitsplatz zerstört die Gesundheit der Betroffenen und treibt sie nicht selten in den Suizid. Mobbing ist nicht nur menschenfeindlich, sondern richtet auch erhebliche ökonomische Schäden auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene an.

DIE LINKE fordert deshalb folgende Maßnahmen gegen Mobbing:

- In Schulen ist Mobbing im verstärkten Maße durch Aufklärung und Verhaltenstraining zu bekämpfen.
- In den Behörden des Landes und in Schulen ist professionelle Mediation (Streitschlichtung) als Lösungsmethode von Konflikten auch in Mobbingfällen frühzeitig und vorrangig zu praktizieren.
- Das Land Niedersachsen muss Mobbingberatungsstellen initiieren und unterstützen. Hierbei sind die Krankenkassen mit einzubeziehen.
- Es muss ein weisungsunabhängiges Amt einer/eines Mobbingbeauftragten eingerichtet werden. Die Aufgaben dieser Institution bestehen in der landesweiten Aufklärung über Mobbing, der Kontrolle der Einhaltung von gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen gegen Mobbing, der Hilfestellung für Betroffene und in der Veröffentlichung von anonymisierten Mobbingfällen mit laufenden statistischen Erhebungen.
- In den Behörden des Landes muss Mobbing besonders vorbildlich bekämpft werden. Anonyme Befragungen zu Mobbing und externe Untersuchungen von Mobbingvorwürfen sind vorzunehmen. Besonders ist darauf hinzuwirken, dass personenbezogenes Hierarchiedenken bei Vorgesetzten abgestellt und gegen ihre Funktionseignung gewertet wird.

Asylrecht ist Menschenrecht. Einhaltung der Menschenwürde bei Migration und Einwanderung

Asylrecht ist Menschenrecht. Wer verfolgt ist, darf an den Türen unseres Landes nicht abgewiesen werden. Menschen fliehen nicht ohne Not.

Berichte von ertrunkenen oder verhungerten Flüchtlingen im Mittelmeer, von unhaltbaren Zuständen in überfüllten Lagern in Italien und Spanien, vom verzweifelten Massenansturm auf hohe Stacheldrahtzäune in Melilla und Ceuta zeugen von der Not, die diese Menschen zu ihrer lebensgefährlichen Flucht treibt. Die Verantwortung wird von unseren Regierungen an östliche EU-Anrainerstaaten oder nordafrikanische Länder verkauft, in denen sich kaum jemand wegen etwaiger Menschenrechtsverletzungen rechtfertigen muss. Eine Überprüfung des Flüchtlingsbegriffs anhand der Realität der fliehenden Menschen und eine zeitgerechte Definition von Schutzbedürftigkeit würden zeigen, dass ein Zurückschicken von Schutzsuchenden in vielen Fällen menschenunwürdig, unverhältnismäßig und unzumutbar ist.

Faktisch ist die Bundesrepublik längst zu einem Einwanderungsland geworden. Migration ist eine zwangsläufige Folge der Globalisierung. Zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen die reichen Länder dieser Erde auch stehen, ohne dass ihre PolitikerInnen Fremdenhass und Rassismus schüren.

Bundesweit ist Niedersachsen immer wieder in die Schlagzeilen gekommen, weil dem CDU-Innenminister selbst das bestehende restriktive Flüchtlingsrecht noch zu liberal ist.

Immer krasser wird der Gegensatz seiner Politik zum unverrückbaren Gebot unseres Grundgesetzes in Art. 16: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« – so sehr dieses Gebot durch die große Koalition aus CDU und SPD auch inzwischen schon verwässert worden ist.

Innenminister Schünemann hat sich auf den Konferenzen der Länderinnenminister als Scharfmacher in Sachen Fremdenfeindlichkeit hervorgetan und über Monate die überfällige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete verhindert. Die auf Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz sind von dem Leitgedanken getragen, so weitgehend wie möglich Ausländer außer Landes zu befördern und Integration und Einwanderung zu erschweren.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, muss zur Leitlinie der Politik werden und ist in allen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften umzusetzen.
- Sogenannte Kettenduldungen sind abzuschaffen. Ein Bleiberecht nach fünf Jahren ist zu schaffen.
- Keine Abschiebung von Familien und minderjährigen Kindern.

- Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte (zurzeit Bramsche, Oldenburg-Blankenburg und Braunschweig)
- Der Gutscheinzwang für Flüchtlinge in Niedersachsen ist aufzuheben. Sozialleistungen sollen in Geld ausgezahlt werden.
- Eine neue Härtefallregelung, die Mitgliedern der Härtefallkommission autonome Entscheidungskompetenzen einräumt, muss eingeführt werden. Dabei sollen Entscheidungen durch Abstimmung mit einfacher Mehrheit unter Einbeziehung von PraktikerInnen in die Härtefallkommission getroffen werden.
- Eine flächendeckende Beratungsstruktur für Flüchtlinge und MigrantInnen ist finanziell sicherzustellen.

DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine demokratische AusländerInnenpolitik im **Bundesrat** durchzusetzen. Sie wird sich insbesondere einsetzen:

- Für eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes mit dem Ziel, das restriktive deutsche Ausländer- und Asylrecht so umzugestalten, dass die Menschenwürde der Flüchtlinge, der Einwanderinnen und Einwanderer gewahrt wird.
- Für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht auf Grundlage des Territorialprinzips (jus soli), das auch die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht.
- Für eine Erweiterung des Asylrechts, insbesondere um frauenspezifische Fluchtgründe wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat und Witwenverbrennung.
- Für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Leistungen unterhalb des Niveaus von SGB II bzw. SGB XII sind unwürdig.
- Keine Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht. Keine Strafverfolgung für Menschen, die Flüchtlingen Schutz gewährt haben.

Antifaschismus

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

So heißt es im Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald. Dieser Schwur ist für DIE LINKE eine Verpflichtung.

Festzustellen aber ist: Neofaschistische Kräfte werden auch in Niedersachsen immer stärker. Die NPD und andere neofaschistische Organisationen haben in unserem Land ihre Mitgliederzahl und die Zahl ihrer kommunalen Mandate erhöht. Gleichzeitig ist die Zahl der rechtsextremen Straftaten gestiegen, darunter sind nicht wenige Gewalttaten. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden! Neofaschisten nutzen die sozialen und gesellschaftlichen Widersprüche gezielt aus, um ihre menschenverachtenden, rassistischen Vorurteile zu propagieren. Sie finden damit Gehör bis in die Mitte der Gesellschaft. Es ist falsch, verharmlosend und gefährlich, Neofaschismus nur als Phänomen gesellschaftlicher Randbereiche anzusehen. Entdemokratisierung der Gesellschaft und die Erfahrung vieler Bürgerinnen und Bürger, von aktiver Mitgestaltung ausgeschlossen zu sein, begünstigen diejenigen, die vermeintlich einfache Lösungen anbieten. Dagegen setzt DIE LINKE den Anspruch, die demokratische Mitwirkung in allen Bereichen zu stärken. Gelebte Demokratie ist das beste Mittel gegen Antidemokraten und Neofaschisten.

Alte und neue Nazis sind keine Diskussionspartner im demokratischen Diskurs. Wer Ihnen diese Rolle zugesteht, wertet ihre menschenverachtenden und rassistischen Ansichten auf. Faschistische Positionen bedrohen nicht nur Minderheiten – sie stellen eine konkrete Gefahr für alle dar.

Die Landesregierung nimmt ihre im Grundgesetz verankerte Pflicht, diesen Kriminellen entgegenzutreten, nicht ernst. Sie verhält sich gleichgültig gegenüber dem dringend gebotenen Verbot der NPD, die als legaler Arm der offen faschistischen Szene agiert und Verfassungsprivilegien in Anspruch nimmt. Sie lässt durch den Verfassungsschutz antifaschistische Gruppen beobachten, statt ihre demokratischen Aktivitäten zu unterstützen. Sie unterstützt nach wie vor politisch und finanziell Landsmannschaften, aus denen heraus der Bundestag aufgefordert wird, Rechtsansprüche auf polnische und russische Territorien zu erheben und so die europäischen Grenzen infrage zu stellen.

Streichungen durch die Landesregierung im Bereich präventiver Arbeit (zum Beispiel Fußballfanprojekte) führten dazu, dass viele derartige Projekte beendet werden mussten. Seither ist bei gewaltbereiten Gruppierungen ein verstärkter Zulauf zu registrieren. Die Gewaltbereitschaft wächst. Personen aus dem rechtsextremen Spektrum versuchen Jugendliche anzuwerben und ihre Ideologie zum Beispiel in der Fußballfanszene zu verankern.

Im Landtag wird DIE LINKE ihre antifaschistische Grundhaltung mit folgenden Initiativen konkretisieren:

■ Der Antifaschismus wird als Staatsziel in der niedersächsischen Landesverfassung verankert.

■ Wir treten dafür ein, dass Niedersachsen die Initiative Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat für einen neuen Verbotsantrag gegen die NPD unterstützt. Um dessen Erfolg zu sichern, muss der Innenminister dem Beispiel Berlins folgen und alle V-Leute des Verfassungsschutzes aus der NPD abziehen.

■ Nach Auffassung der LINKEN ist auch ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen notwendig, das gebieten bereits Artikel 139a des Grundgesetzes und das bestehende Vereinsrecht. Dazu gehört die Auflösung dieser Organisationen einschließlich des Einzugs ihrer finanziellen Mittel. Straftaten aus faschistischen und rassistischen Motiven müssen endlich konsequent verfolgt und geahndet werden.

■ Die finanzielle und politische Unterstützung des Landes Niedersachsen an den Bund der Vertriebenen und deren untergliederte Landsmannschaften ist einzustellen. Die Patenschaft des Landes Niedersachsen zur Landsmannschaft Schlesien ist zu beenden.

■ Antifaschistische Aktivitäten verdienen Unterstützung. Die Landesregierung soll unter maßgeblicher Einbeziehung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) einen antifaschistischen Arbeitskreis bilden, der die entsprechenden Aktivitäten landesweit koordiniert. Die Opferverbände wie die VVN/BdA und die demokratische Öffentlichkeit sind in die Gestaltung und Arbeit der Gedenkstätten einzubeziehen.

■ Das Land Niedersachsen steht in der Verantwortung für den Erhalt und die Sicherung aller Stätten von Verfolgung und Widerstand. Die finanzielle und personelle Ausstattung der großen Gedenkstätten ist so aufzustocken, dass sie als Lern- und Forschungsorte genutzt werden können. Wir fordern den Bau eines zentralen Widerstandsmuseums, das alle Opfergruppen und Gegner des Naziregimes im Land angemessen würdigt.

■ Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen sollen Antirassismus-Trainingsprogramme aufgelegt werden.

■ DIE LINKE in Niedersachsen unterstützt die geplante Einrichtung einer zentralen Gedenkstätte für die 15 Emslandlager auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations-, Straf- und Militärstrafgefangenenlagers Esterwegen.

■ Gerade in ländlichen Gebieten ist es notwendig, demokratische Strukturen zu stärken. Finanzielle Mittel für diese Aufgabe sowie für konkrete Projekte gegen rechts sind in den Landeshaushalt einzustellen und bedarfsgerecht zu verteilen.

■ Fußballfanprojekte, insbesondere Anti-Gewalt-Projekte, leisten eine wichtige präventive Arbeit. Solche Projekte müssen deshalb wieder für die 1. und 2. Bundesliga, Regionalliga (zukünftige 3. Liga) und die Oberliga mit einer angemessenen finanziellen Förderung und personellen Ausstattung versehen werden.

Wer neue Nazis bekämpfen will, muss Geschichte von 1933 bis 1945 kennen und Lehren daraus ziehen. Antifaschistische Bildungsinhalte sind daher in den Rahmenlehrplänen aller Schulformen verbindlich festzuschreiben. In der gesamten Bildungs- und Kulturarbeit des Landes muss deutlich werden: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Friedenspolitik ist Landespolitik!

Landespolitik ist Friedenspolitik!

Niedersachsen ist ein Land des Militärs. Rund 55 000 SoldatInnen und zivile Beschäftigte stehen in Niedersachsen im Dienst der Bundeswehr. Auf 1000 EinwohnerInnen kommen sieben militärische Dienstposten. Damit liegt das Land mit in der bundesdeutschen Spitzengruppe.

Kasernen, Verkehrswege, Übungsplätze verschlingen öffentliche Ressourcen, belasten Menschen und Natur. In Niedersachsen werden Angehörige der Bundeswehr für Militäreinsätze in aller Welt ausgebildet.

Auf Bundesebene fordert DIE LINKE die Reduzierung der Rüstungsausgaben, weniger Soldaten und das Ende von Auslandseinsätzen. Niedersachsen muss sich darauf einstellen, künftig weniger SoldatInnen und militärische Infrastruktur zu haben; niedersächsische Rüstungsunternehmen müssen sich darauf einstellen, weniger Aufträge zu erhalten.

Wir wollen im Landtag durchsetzen:

- Es wird ein Konversionsbeirat eingerichtet. Dort arbeiten Menschen aus der Wissenschaft, den Gewerkschaften und Unternehmen sowie Städten und Gemeinden zusammen, um Niedersachsen auf die Zeit mit weniger Rüstungsausgaben und Militär vorzubereiten.
- Es werden Planungen für die Regionen vorangetrieben, die heute am stärksten von militärischen Einrichtungen betroffen sind und durch Abrüstungsmaßnahmen stark berührt werden.
- DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag fordert Planungen für die nichtmilitärische Nutzung von Flächen und Gebäuden, die heute noch von der Bundeswehr und NATO-Verbänden genutzt werden.
- An niedersächsischen Hochschulen und Universitäten darf es keine Kriegsforschung geben.

Kultur für alle

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten dazu sind wesentliche Voraussetzungen für eine demokratisch und sozial verfasste Gesellschaft und deren Weiterentwicklung.

Kultur ist mehr als bildende Künste, Literatur, Musik, Film und Theater. Kultur ist die Summe der Gedanken und Handlungen aller Menschen; dazu gehört die Kultur des gemeinsamen Feierns, des menschlichen Umgangs miteinander, des Umgangs mit der Natur, die Kultur der Arbeit, die Kultur des Kleidens, die Kultur des Essens und Trinkens. Die Teilhabe am kulturellen Leben in all seinen Facetten, aktiv oder passiv, ist ein Grundrecht, die Möglichkeit dazu zu haben, ist ein Menschenrecht, Ausdruck der menschlichen Würde.

In den letzten Jahren hat sich unter dem Begriff »Event-Kultur« eine bürgerInnen-feindliche Entwicklung gezeigt, die Kultur unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit betrachtet und immer mehr BürgerInnen so die Teilhabe an Kultur verweigert. Diese Entwicklung will DIE LINKE nicht nur stoppen, wir wollen sie energisch zurückdrängen.

Symptomatisch für die unzulängliche Kulturpolitik in Niedersachsen ist der Internetauftritt des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, ein Mix aus Allgemeinplätzen, netten Zitaten und statistischen Angaben. Darüber hinaus verweist der Minister auf leere Kassen und Stiftungen. Deutlich umfangreicher wird die Bedeutung von Kunst und Kultur für die Wirtschaft herausgestellt, unter anderen mit der tiefsinnigen Feststellung, dass es zehnmal mehr MuseumsbesucherInnen gäbe als BesucherInnen von Bundesligaspielen. Dies soll nicht Niveau unserer Diskussion über die Bedeutung von Kunst und Kultur sein.

Die Reduktion von Kunst und Kultur auf ökonomische Effizienz hat zu einer Spaltung geführt: Auf der einen Seite haben wir eine rentable Unterhaltungs- und Ruhigstellungskultur, die aufkotroyiert wird und keine demokratische Mitbestimmung zulässt, während andererseits eine »Hochkultur« mit repräsentativem Charakter für die selbsternannte Elite existiert.

DIE LINKE will grundlegende Korrekturen in der niedersächsischen Kulturpolitik durchsetzen. Sie will Kunst und Kultur so weit es geht vom Kommerz befreien, Vielfalt und alternative Ansätze fördern, Provinzialismus überwinden und den Zugang zur Kultur für alle Menschen erreichbar machen.

So wollen wir zum Beispiel den »Tag der Niedersachsen«, der zu einem Forum der Selbstdarstellung von Lokal- und LandespolitikerInnen und ihrer Selbstbeweihräucherung geworden ist, verändern und für Kulturschaffende vor Ort öffnen. Dort sollen die realen Probleme der Gesellschaft – wie zum Beispiel der Klimawandel – reflektiert und nicht mit Heile-Welt-Gaukeleien verkleistert werden. Sinnvoll wäre, die Niedersachsen-Tage zu wechselnden Themenschwerpunkten zu veranstalten und die regionale Kultur einzubeziehen sowie Kulturinitiativen ein Forum zu bieten.

DIE LINKE will auch an modernen Bestandteilen niedersächsischer Kulturgeschichte wie zum Beispiel dem DADAismus anknüpfen beziehungsweise diese in den

Vordergrund holen. Schwitters und der DADAismus sind ein Schwerpunkt niedersächsischer Kulturgeschichte, der in letzter Zeit wieder vermehrt in den Blickpunkt gerät, sowohl in der Popkultur (A-N-N-A vom Freundeskreis) als auch im Ausstellungsbetrieb. Ein länderübergreifendes Symposium zu diesem Thema könnte zum Beispiel bei der regelmäßig stattfindenden Sommer-Universität Rinteln eingerichtet werden.

Mit dem Kriegsende 1945 kamen Flüchtlinge und Umgesiedelte aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Niedersachsen, die hier vor allem mit großen Anstrengungen im Wohnungsbau im Laufe der fünfziger Jahre ein neues Zuhause gefunden haben. Nach über fünfzig Jahren ist die Integration gelungen. DIE LINKE wendet sich aber gegen die politische Vereinseitigung, wie sie durch die Mitgliedsverbände des Bundes der Vertriebenen stattfindet. Die niedersächsische Patenschaft für die Schlesische Landmannschaft muss aufgegeben werden, da sie als ein Überbleibsel des Kalten Krieges das deutsch-polnische Verhältnis unnötig belastet. Die finanzielle Ausstattung der Vertriebenenverbände mit Landesmitteln ist einzustellen.

DIE LINKE fordert

- eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihren BürgerInnen reichhaltige kulturelle Angebote zu machen und ihnen die Teilnahme daran zu ermöglichen,
- den Ausbau von öffentlichen Kunst-, Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu fördern und strukturiert weiterzuentwickeln,
- den Erhalt und den Ausbau bestehender Bibliotheken, Artotheken, Theater, Musikschulen, Volkshochschulen, Museen sowie weiterer Kultureinrichtungen und -angebote;
- die Förderung soziokultureller Zentren und selbstverwalteter Jugendzentren. Die Gesellschaft benötigt kulturelle Orte, an denen sich Menschen ohne Kommerz treffen, feiern und sich organisieren können. Dazu ist ein Landesprogramm zur Förderung soziokultureller Zentren aufzulegen;
- erleichterten Zugang mit spürbaren Ermäßigungen zu allen öffentlichen Kulturangeboten für Sozial- und ArbeitslosengeldempfängerInnen; die Befreiung der Hartz-IV-EmpfängerInnen von der Rundfunkgebühr ist im Wege der Amtshilfe auch rückwirkend vorzunehmen;
- Festlegung von Mindeststandards und Mindesthonoraren (auch Ausstellungshonoraren) für künstlerisch Tätige und Umsetzung des Urhebervertragsrechts;
- Erhaltung und Ausbau der demokratischen Strukturen im NDR-Landesrundfunkrat und bei der Landesmedienanstalt und weitere Förderung beziehungsweise Entwicklung der offenen Kanäle und nichtkommerziellen Bürgerradios sowie von Stadtteil-TV;
- die Rücknahme der Kürzungen der Landesmittel für die Filmförderung von 2004;
- die vorrangige Verwendung der Filmfördermittel für den Nachwuchs und für senderunabhängige künstlerische Filmprojekte sowie den Ausbau der filmkulturellen Infrastruktur und der Filmfestivals;

- die Besetzung des Vergabeausschusses der nordmedia fond GmbH (Filmförderung der Länder Niedersachsen und Bremen) mit unabhängigen Experten.
- Die LINKE schlägt vor, dass die Region Hannover einmal im Jahr Treffpunkt aller Straßenkünstler gegen Krieg und börsenorientierte Globalisierung wird.

Für DIE LINKE in Niedersachsen ist Kultur und Kunst nicht nur die schmückende Petersilie auf den Tellern der Event-Gourmets oder Gourmands, sondern die treibende Hefe unserer Partei und unserer Gesellschaft.

Sportförderung ist wichtig

Die rund 2,9 Millionen Sportlerinnen und Sportler, die unter dem Dach des niedersächsischen Landes-Sport-Bundes Sport treiben, sind uns Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Dabei will DIE LINKE den Schwerpunkt auf die Förderung des Breiten-, Kinder- und Jugendsports legen.

Da sowohl die Sportvereine als auch die Kommunen immer weniger in der Lage sind, ihre Sportstätten zu unterhalten, muss es zu einem zügigen Ausbau des Sportstättenentwicklungsplans kommen, um auch zukünftig ein vielfältiges Sportangebot zu sichern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- den Landes-Sport-Bund zu stärken;
- den Breiten-, Kinder- und Jugendsport zu fördern;
- den Sportstättenentwicklungsplan auszubauen;
- mehr Sport- und Schwimmunterricht an den Schulen zu erteilen.

DIE LINKE will den Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen. Am 27. Januar 2008 deshalb DIE LINKE wählen. Für den 29. Januar berufen wir einen Großen Ratschlag ein, um mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen die künftige Politik unserer Fraktion im niedersächsischen Landtag abzustimmen. Prüfen Sie unsere Positionen, sprechen Sie mit uns, lernen Sie uns kennen: DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen, Große Düwelstraße 28, 30171 Hannover, Telefon 0511/9 24 59 10
www.dielinke-niedersachsen.de